

# Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

## Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

118. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Leipzig u. Umgeh. die einzeln. Zeilen im amt. Teil die Kolonnen 100 Pf., in and. 125 Pf. kleine Anzeigen die Kolonne 50 Pf., auswärts 60 Pf. Kautionsgeld: 20% Postersendungsgebühr. Bei 200 Zeilen 20%, über 200 Zeilen 25%. Verlagspreis mit Postzuschlag im Preis 100 Pf. Die Anzeigen werden ohne Rückzahlung. Belegzeit: Montag bis Freitag, 10 bis 12 Uhr. — Druckerei: J. G. Reichenow & Co., Leipzig. — Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Bezugspreis: für Leipzig und Umgeh. monatlich M. 2,75, vierteljährlich M. 8,25, halbjährlich M. 15,00, jährlich M. 27,00. In den Provinzen monatlich M. 3,00, vierteljährlich M. 9,00, halbjährlich M. 16,50, jährlich M. 30,00. Einzelnummern: Leipzig-Ausgabe 10 Pf., Provinz-Ausgabe 15 Pf. Hauptverleger: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Nr 142

Mittwoch, den 2. April

1919

### Die Streiklage im Ruhrgebiet

Essen (Ruhr), 1. April. (Drabbericht.) Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, hatte die Streikauflösung der Spartakisten nur geringen Erfolg. Die größte Zahl der Ausständigen ist im Ruhrgebiet und in Westfalen, von wo die Bewegung in den letzten Tagen nach dem Ruhrgebiet übergegangen ist. In den Westfälischen Kreisen sind die Zentren in Dortmund, Bielefeld und Hamm. In den Ruhrkreisen sind die Zentren in Essen, Dortmund, Bochum und Mülheim. Die Streikbewegung ist in den letzten Tagen nach dem Ruhrgebiet übergegangen. In den Westfälischen Kreisen sind die Zentren in Dortmund, Bielefeld und Hamm. In den Ruhrkreisen sind die Zentren in Essen, Dortmund, Bochum und Mülheim.

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) Der 'Vorwärts' meldet über die Lage im Ruhrgebiet: In Bochum war der Generalstreik bis Mittag nicht ausgebrochen. In Dortmund hat der Streik keinen größeren Umfang als gestern angenommen. Bei den aus der Kohlenindustrie ausgeschiedenen sind Personen getötet, mehrere verwundet. Aus Witten verlautet, daß der Streik dem Ende entgegenzugehen scheint; teilweise wurde schon heute wieder gearbeitet. In der Umgebung dagegen dauere der Ausstand ununterbrochen fort. Auf den Zechenanlagen im Ruhrgebiet streiken wiederum Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen werde. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterschaft große Erregung herrsche. In Versammlungen hätten die radikalen Elemente die Vorbereitungen, die besonnenen Elemente wurden niedergedrückt.

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) Unserer Berliner Schlichtungsausschuss. Ueber die Lage im Ruhrgebiet läßt sich zur Stunde ein abschließendes Urteil noch nicht fällen. Der für den heutigen Tag angekündigte Generalstreik läßt offenbar noch auf sich warten. Man spricht jedoch auch schon von einem allgemeinen Generalstreik für den 3. April. Nach anderen Meinungen soll der Generalstreik auch erst am 10. April seinen Anfang nehmen. Abgesehen von den Zechen des Ruhrgebietes, Bochumer und Wittenener Zechen, auf denen der Streik seit mehreren Tagen andauernd Streik auch heute fortgesetzt wird, ist es bis Mittag nur auf ganz wenig Zechen zu neuen Arbeitsniederlegungen gekommen. Im Hammerwerk, wo die Kommunisten bisher den größten Erfolg hatten, sind die Belegschaften nirgendwo der Streikparole gefolgt. Auf allen Zechen wird vorläufig weitergearbeitet. Allen Anschein nach ist unter den Bergarbeitern des Ruhrgebietes eine gewisse Ermüderung eingetreten, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Ruhrgebiet vorgehenden Truppen sind, wie wir hören, heute in Hamm eingetroffen. Es sind 3000 Mann, die in dem dortigen Bezirk einquartiert sind, um erforderlichenfalls sofort nach den durch spartakistischen Terror bedrohten Orten abzugehen.

Essen, 1. April. (Drabbericht.) In Hörde hat der Streik damit begonnen, daß sämtliche Hochöfen von den Spartakisten stillgelegt worden sind. Die Streikliste ist hier im Laufe des gestrigen Tages geschlossen, doch ist mit der Einstellung der Arbeit erst für heute nachmittags zu rechnen. Im großen und ganzen hat die Streikbewegung der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet überraschend. Ausschreitungen sind bisher nicht vorgekommen.

### Streikagitation in Berlin

Berlin, 1. April. (Eigener Drabbericht.) In einer großen Anzahl von Berliner Fabrikbetrieben haben gestern die revolutionären Vertrauensleute zur Niederlegung der Arbeit für kommenden Montag aufgefordert. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß im Zusammenhang mit dem Generalstreik im Ruhrgebiet eine neue Generalstreikunternehmung der Spartakisten auch für Berlin versucht werden soll.

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) In der kürzlich verbreiteten Nachricht über bevorstehende neue Unruhen in Berlin erzählt der 'L.-A.' von einem Regierungsvertreter folgendes: Wir sind auf das genaueste über alle Vorgänge unterrichtet und auf alle Eventualitäten hinreichend vorbereitet. Wir werden mit größtmöglicher Geduld eine solche Bewegung niederdrücken. Die Reichsregierung hat keine Furcht vor harter Kritik. Auch die wirklichen Übergriffe der Regierungstruppen und anderer Organe werden in keiner Weise eine Milderung der nötigen Maßnahmen herbeiführen. Einzelne Übergriffe sind allerdings über das Maß hinausgegangen, aber das Vertrauen in den Regierungstruppen darf dadurch nicht erschüttert werden. Die Verhaftung der Streikführer entschuldigt manche Tat, die objektiv genommen streng zu beurteilen ist.

### Der Generalstreik für ganz Württemberg erklärt

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) Wie das 'Mitteldeutsche Blatt' aus Stuttgart meldet, kam es heute zwischen Regierungstruppen und Demonstranten zu einem Zusammenstoß, wobei viele Personen verletzt und drei getötet wurden. Die Regierungstruppen trieben die Demonstranten auseinander, worauf bald die Ordnung wieder hergestellt wurde. — Die Stuttgarter Streikleitung hat den Generalstreik für ganz Württemberg proklamiert. Daraufhin hat auch die Führung der Württembergischen Bürgerwehr beschlossen, den bürgerlichen Gegenstreik gleichfalls auf ganz Württemberg auszuheben. Die Lage wird immer kritischer, zumal da die Versorgung mit Gas und Elektrizität eingestellt ist. Die Haltung der Mehrheitssozialisten ist noch nicht ganz geklärt. In einigen Betrieben haben sie sich gegen den Streik erklärt; einige Gruppen jedoch geraten immer mehr unter radikalen Einfluß. Unabhängige und Kommunisten handeln gemeinsam.

### Der bürgerliche Gegenstreik

Stuttgart, 1. April. (Drabbericht.) Heute vormittag hat hier zur Bekämpfung des Generalstreiks der Abwehrstreik eingesetzt, der zugleich eine Vertrauenskundgebung für die Regierung sein soll. An dem Abwehrstreik beteiligen sich Handwerk, Gewerbe, Kaufleute, Handel und Industrie, staatliche, städtische und private Beamte, Ärzte und Apotheker, sowie sonstige freie Berufe. Die diesigen Zeitungen werden bis auf weiteres nicht erscheinen. Der Postbetrieb ruht vollständig, ebenso der Straßenbahnverkehr. Die Staatsbahnen bewerkstelligen heute lediglich den Arbeiterverkehr und die Milchversorgung.

Stuttgart, 1. April. (Drabbericht.) In einem Aufreiß der Bürgerwehr zum Generalstreik werden folgende Forderungen an die Staatsregierung gestellt: Ordnung, Sicherheit und Arbeitsmöglichkeit, Aufrechterhaltung aller lebenswichtigen Betriebe, insbesondere von Gas, Wasser und Elektrizität, ungehinderte Betriebsfähigkeit aller Verkehrsrichtungen, Straßenbahnen, Eisenbahnen, Post, Telegraph und Fernsprecher, ge-

sicherte und regelmäßige Zufuhr aller notwendigen Lebensmittel, insbesondere Milch für Kinder, Kranke und Greise, gerechte und tatkräftige Durchführung bestehender Geschäfte, gleiches Recht für alle, Garantien für persönliche Freiheit in jeder Beziehung, gleichzeitige Gewalt der Regierung und der durch Mehrheitswillen erwählten Volksvertreter. Der Aufsichtsrat richtet ferner die Aufforderung an die Arbeitgeber, ihren Angehörigen die Streiklage zu vergüten. Der Landesauswärtiger der Soldatenräte steht nach wie vor auf dem Boden der Streikgegner und hat eine dementsprechende Kundgebung erlassen.

### Neue Kämpfe in Frankfurt a. M.

Frankfurt (Main), 1. April. (Drabbericht.) Nach verhältnismäßiger Ruhe während des Verhältnisses wurden mittags nach 12 Uhr neue Ausschreitungen verübt, die wiederum in der Altstadt begannen. In der Allerheiligenstraße versuchte der Mob, in Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien einzudringen, um zu plündern. Die gestrigen zur Verjüngung stehenden Polizeieinheiten sind sofort nach dort ausgerückt. Die Kämpfe sind jetzt noch im Gange. Die verstreuten Gegenstände wurden von mit Handgranaten ausgerüsteten Polizeitruppen abgepörrt.

Frankfurt a. M., 1. April. (Drabbericht.) Die Sicherheitsorgane sind seit heute nachmittags vollständig Herr der Lage. Die mittags in der Altstadt wieder vorgekommenen Plünderungsversuche wurden in Reime erückt. Die Zahl der Plünderungsakte hat sich auf 16 erhöht. Unter den 12 Toten befinden sich vier Frauen. Verschiedene Verletzte schweben noch in Lebensgefahr. Die Arbeiterorganisationen der Fabriken haben beschlossen, sich den Sicherheitsorganen zur Verfügung zu stellen, um weitere Unruhen zu verhindern.

### Die Opfer der Frankfurter Unruhen

Frankfurt a. M., 1. April. (Eig. Drabbericht.) Bei den Unruhen in Frankfurt wurden bis jetzt 12 Personen als tot festgestellt. Sieben Plünderer wurden erschossen; ferner sind je 2 Mann der Hilfspolizei und 2 Matrosen tot. Unter anderem wurde auch ein städtisches Lebensmittelgeschäft geplündert und 7000 Eier, 200 Zentner Butter und 100 Zentner Speck geraubt.

Frankfurt, 1. April. (Eigener Drabbericht.) Die Polizei erläßt im Verfolg der Strafverurteilungen folgende Bekanntmachungen: Die Straßenperre beginnt mit dem heutigen Abend schon um 7 Uhr. Die Kinoaufführungen, Theater, Konzerte, Kaffeehäuser, Gastwirtschaften und andere Unternehmungen abends um 8 Uhr abends zu schließen. Der Straßenhandel, soweit er nicht konzessioniert ist, ist verboten. Auf dem Boeren-Platz und den einmündenden Straßen ist jeder Straßenhandel bei Lebensgefahr verboten. Jedes Woffentragen ist untersagt. Wer unbedeutenderweise mit Waffen angetroffen wird, muß als Plünderer betrachtet und bestraft werden. Bei Unruhenhandlungen tritt neben den gesetzlich zulässigen Höchststrafen öffentliche Bekanntmachung hinzu. Außerdem ist bei Verstoß gegen die von den Beamten angeordneten schriftlichen Maßnahmen größte Lebensgefahr vorhanden. Der Arbeiterrat hat in einer Vollversammlung gegen die Unruhen ausgesprochen.

### Kommunistische Schreckensherrschaft in Ungarn?

Wien, 1. April. (Drabbericht.) Unseres Wiener Mitarbeiters. Die Wiener Wölfe veröffentlichen aufsehenerregende Berichte über eine Schreckensherrschaft der Bolschewiken in Ungarn. Ein aus Budapest in Wien eingetroffener Diplomat berichtet in der 'Wiener Mittagspost', daß 150 ehemalige Abgeordnete verhaftet worden seien. Die Lebensmittel in Budapest sei fürstlich, und es habe eine Massenflucht bürgerlicher Elemente eingeleitet. Das 'Tagblatt' bringt Berichte aus Oedenburg eingetroffener Reisender, wonach 800 Rotgardisten dort einmarschiert seien, Kirchenbänke zerstört und Professoren und Können aus den geistlichen Schulen vertrieben hätten. Alle Geschäfte sind gesperrt. In Eisenbüdenburg habe es zwischen der Zivilbevölkerung und den Rotgardisten zu Schießereien in Eisenbüdenburg und in der Gegend dieser dortigen Republik werden. Der Zweck dieser doppelten Republikbildung wäre einseitig, Wien die Möglichkeit einer besseren Versorgung aus den gemäßigteren Komitees Westungarns zu gewährleisten, andererseits Deutsch-Oesterreich von dem passiven Titel zu entlasten.

### Frankreichs Vorschläge an Deutsch-Oesterreich

Wien, 1. April. (Drabbericht.) Nach einer Prager Wittermeldung fand dort eine sozialistische Massenversammlung statt, in der beschlossen wurde überall Arbeiterräte zu bilden und den Kampf um die Diktatur des Proletariats aufzunehmen.

### Die Abilgung der deutschen Truppen an der D. front

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, hat die deutsche Regierung den Wunsch, die deutschen Truppen recht bald aus dem Baltikum und Litauen herauszuziehen. Die Entente kann aber, wie sie erklärt, die deutschen Truppen noch nicht abziehen. Sobald es irgend möglich wäre, sollen diese in die Heimat zurückgeführt werden. Die gleiche Stelle betont, daß zwischen Deutschland und Rußland kein Kriegszustand bestehe und der Verkehr mit der russischen Sowjetregierung keineswegs abgebrochen ist.

### Bolschewistische Kundgebung französischer Soldaten

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) Unserer Berliner Schlichtungsausschuss. Ein russischer Funkpruch 'An alle' vom 28. März teilt u. a. mit, eine Gruppe französischer Soldaten in Odesa habe an die Redaktionen französischer kommunistischer Zeitungen einen Brief gerichtet, worin sie ihre volle Solidarität mit der russischen kommunistischen Revolution zum Ausdruck bringen. Sie weigern sich, fortzuführen, die internationale revolutionäre Bewegung zu bekämpfen und fordern ihre unverzügliche Rückkehr nach Frankreich, um so schnell als möglich der Sowjetregierung den Sieg zu sichern.

### Zum Entwurfe einer Kapitalertragssteuer

Dr. J. Nichts ist schwerer, als eine neue Steuer nach ihrem wahren Sinne und ihrer volkswirtschaftlichen Tragweite zu erfassen. Man kann nur nach und nach eindringen. Im folgenden sollen einzelne Bemerkungen, die sich auf den ersten Entwurf beziehen, gemacht werden. — Die Vorlage bringt nur einen Ausschnitt aus der geplanten großen Steuerreform, die ja doch nicht abgeschlossen werden kann, ehe nicht der 'Endbedarf' festgestellt ist. Dieser aber hängt von unseren Feinden und ihrer Vernunft ab. Man kann zweifeln, ob es zweckmäßig ist, die neuen Steuerpläne dem Volke tropfenweise zuzuführen. Will man es etwa auf diese Weise langsam an den Blick gewöhnen, was noch vor kurzem unmöglich schien, gewöhnen? An sich eine gute und wohlwollende Absicht. Nur bleiben eben Ueberraschungen, namentlich schlimme, nicht ausgeschlossen. Und gerade die Kapitalertragssteuer ist jetzt geradezu nach der Ergänzung durch andere Steuerarten. Die greifen hier zwei Punkte heraus. Erstens: Die neue Steuer trifft nur den Ertrag aus mobilem Kapital; das Einkommen aus immobilien soll später an die Reihe kommen. Kann man sich aber hierauf verlassen und muß man nicht mit der Möglichkeit rechnen, daß die Besteuerung des mobilen Kapitals durchgeht, die des immobilien aber scheitert? Steuererträge haben einen langen parlamentarischen Kurs zu durchlaufen, bis sie im Hafen des Gesetzblattes landen. Zweitens: Die neue Steuer trifft mit der gleichen Wucht (10 Prozent!) den kleinen und mittleren Rentner wie den Großkapitalisten; den Ausgleich will man, so heißt es, bei der allgemeinen Vermögensabgabe schaffen, wo die Kleinen und Mittleren verhältnismäßig geschont werden sollen. Also wiederum eine Verweilung auf immerhin ungewisse Zukunftspläne, ohne deren Erfüllung das neue Gesetz für sich allein ungerecht wäre.

Hieron abgesehen, begründen wir in dem Entwurfe die erste große Reichseinkommensteuer. In dieser ihrer Eigenschaft ist nicht zu rütteln. Zwar soll sie nicht von demjenigen bezahlt werden, der das Einkommen bezieht; nicht vom Gläubiger, sondern vom Schuldner. Letzterer ist aber nur der Steuerzahler. Steuerträger ist der Kapitalgläubiger und Objekt der Steuer ist ganz zweifellos das von ihm bezogene Einkommen. Die Verzinsung durch den Schuldner bedeutet nur eine besondere Erhebungsform, die mit der bei der Einkommensteuer vergleichbar ist. Auch letztere Steuer will wirtschaftlich den Bezugsberechtigten treffen, wird aber von den Anteilgebern ujm. bezahlt oder verlegt. Weshalb sie denn auch vom Reichsgericht zutreffend als partielle Einkommensteuer (also eine direkte Reichssteuer!) bezeichnet wurde; dies zu einer Zeit, als es noch verpönt war, an eine solche Reichssteuer überhaupt nur zu denken. Weshalb man denn damals auch vortrug, die Einkommensteuer etwas schamhaft in das Gewand einer Stempelsteuer zu hüllen. Daß die neue Kapitalertragssteuer den Gläubiger als eigentlichen Steuerträger treffen soll, kommt übrigens in Paragraph 7 des Entwurfes zu scharfem Ausdruck. Dort ist bestimmt, daß eine Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner, wonach etwa letzterer die Steuer zu seinen Lasten übernehme, nichtig sein soll. Für die Einkommensteuer fehlt bekanntlich eine entsprechende Bestimmung.

Auch die neue Steuer soll aus rechtlichen Gründen die Verwendung einer Stempelmarke entrichtet werden. Das darf man sich freilich nicht vorstellen, als müsse nun jeder einzelne Zinschein verstempt werden. Die sogenannten 'Sammelrenten', also Dividenden und Anleihezinsscheine jeder Art, soll die Steuer bei der Couponentlopfung gleich im ganzen an das Reich abgeführt werden. Nur bei solchen steuerpflichtigen Erträgen, die auf Einzelgeschäften beruhen, z. B. bei Hypothekenzinsen, Darlehenszinsen, muß bei jeder Einzelpayment eine Stempelmarke in Höhe des Steuerbetrages verwendet werden. In diesem Zwecke wird vorgeschrieben, daß der Schuldner dem Gläubiger allemal eine schriftliche Mitteilung von der Zinszahlung machen und auf die Mitteilung die Stempelmarke aufkleben soll. Wo nun das Reich selber Schuldner ist, gelten die Steuerbeträge einfach dadurch als entrichtet, daß das Reich sie einbehält. Das bedeutet: die Zinsen werden um den Betrag der Steuer verkürzt. Leider soll dies auch bei der Kriegsanleihe geschehen. Also doch! — So hören wir manchmal Kriegsanziehende sagen. Und im Ergebnisse handelt es sich zweifellos um eine Zwangs-konversion der Kriegsanleihe um 10 Prozent. Also auf den Zinsfuß angewendet: eine Herabsetzung des Zinsfußes von 5 auf 4 1/2 Prozent. Denn ob man die Herabsetzung direkt vornimmt oder mittelbar durch Abzug einer Steuer, läuft auf dasselbe hinaus. Aber es hilft nichts. Wenn die neue Steuer wirklich 1,3 Milliarden bringen soll, wie der Reichsfinanzminister hofft, dann kann man an den tiefen Ziffern der Kriegsanleihe nicht vorbeigehen. Die Kriegsanziehende teilen dann das Schicksal der Zinsverkürzung mit den Besitzern anderer Anleihen, die, wie die Anleihen überhaupt, 'ewig', nämlich unkündbar sind. Dieses Schicksal ist freilich um so härter, als zufolge der Unkündbarkeit eine Abwälzung auf den Schuldner nicht möglich ist. Während es sonst, z. B. bei Hypotheken, wohl nicht ausbleiben kann, daß die Steuer von Seiten des Gläubigers, der dort in der Regel der Stärkere Teil ist, auf den Schuldner abgewälzt werden wird. Das würde dann letzten Endes zu einer allgemeinen Herausforderung des Zinsfußes führen. Man kann an dieser volkswirtschaftlich nicht unbedenklichen Folgeerscheinung nicht vorbeigehen, wenn man die neue Steuer richtig beurteilen will.

Damit soll jedoch über diesen Plan des Reichsfinanzministers keineswegs der Stab gebrochen sein. Der Gedanke, daß das sogenannte arbeitslose Einkommen stärker belastet werden soll, als das persönlich erarbeitete Einkommen, ist an sich gesund. Eine sittliche, soziale und wirtschaftliche Berechtigung hierzu ist unbestreitbar. Nur darf man 'arbeitslos' nicht ohne weiteres mit 'unbeschäftigt' gleichstellen. Zum mindesten ist so manches Kapitaleinkommen recht 'mühevoll' erworben und hierauf muß bei der Besteuerung unbedingt Rücksicht genommen werden. Daher denn die oben geforderte Schonung der kleinen und mittleren Kapitalien, sei es im Rahmen dieser Steuer, sei es ausgleichsweise in dem einer anderen, unabweisbar ist. — Noch sei erwähnt, daß die neue

Steuer bei der Veranlagung zur allgemeinen Einkommensteuer abgezogen werden darf. Aber nur der wirklich entrichtete Betrag der neuen Steuer selber, nicht etwa das von ihr erfasste Kapital...

Arbeiterräte und Bürgerrat

Am 8. April tritt in Berlin der Reichshöchstgericht der Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland zusammen. Die Verhandlungen dieses Kongresses gelten in erster Reihe der Zukunft der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Radikalen wollen diese zu einer Kontrollinstanz für die Reichsbehörden wie für die Volksgewalt machen.

Am Sonntag hat in Berlin der Bürgerrat gesamt. Der 'Vorwärts' hatte ihm bereits vorher die Fehde mit der Regierung angelegt, daß die Bürger nicht etwa glauben sollten, ihr Rat könne politische Befugnisse in Anspruch nehmen. Ein Vergleich mit den Arbeitern ist ganz unzulässig. Der Arbeiterrat ist ein Instrument der Revolution, der Bürgerrat aber eine Waffe gegen die Revolution.

Arbeiterräte in Braunschweig. Bei der Wahl für den Ortsarbeiterrat wurden in der Stadt Braunschweig für die Demokraten 1620, die Unabhängigen und Kommunisten 10350, die Reichsbürgerlisten 2000, für die vereinigten bürgerlichen Parteien 1240 Stimmen abgegeben.

Neuraths Vorschläge für die Sozialisierung der Presse

Berlin, 1. April. (Druckbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Ueber die Sozialisierung der bürgerlichen Presse wird nach einem ausführlichen Bericht bekannt, daß der Rat in der Presseversammlung erklärte, die Zeitungen sollten in den Besitz der Angestellten übergeben, ohne daß die Chefredakteure und die Verleger daran beteiligt sein sollten.

Kunststraßen

Man hat sich in Wien damit abfinden müssen, daß die italienische Kommission auf einen mehr als fragwürdigen Rechtsstitel pocht, eine Anzahl ursprünglich aus Venedig stammender, legal erworbenener Bilder aus dem Hofmuseum und eine Reihe kostbarer Handschriften und Dokumente aus den Staatsarchiven und Bibliotheken fortzuschleppen. Kunststraßen hat schon oft genug eine pathologische Seite gehabt, aber hier handelt es sich um unveräußerlichen Kulturgut, für den man Vorstände nur zuerst für nötig hielt.

bürgerlichen Zeitungen sollten überhaupt nur einen ganz kleinen politischen Teil behalten, ohne politische Stellungnahme. Sie sollten nur rein benachrichtigend und belehrend wirken.

Studentenschaft und Landesjugend

München, 1. April. (Eigener Druckbericht.) Die Studentenschaft von Erlangen hat die Schließung der Universität und die Einreichung der Studentenschaft ins freiwillige Korps beschlossen. Das Kommando des 3. U.-K. hat diesen Beschluß aufgedeckt, da die Resolution betreffend den Eintritt in den Grenzschutz Ost keineswegs die allgemeine Meinung der Studentenschaft darstelle.

Worms, 1. April. (Druckbericht unserer Weimarer Sonderberichterkolonne.) Die Abgeordneten W. H. H. Mumm und Traub haben folgende Antrag eingebracht: Akademische Kreise werden beantragt durch die angegebene Art der Regierung, Universitäten und Hochschulen zu schließen, um auf die akademische Jugend einen Zwang auszuüben, sich aus dem militärischen Dienste zur Verfügung zu stellen.

'Staat und Kirche' im Verfassungsausschuß

Weimar, 1. April. (Druckbericht unserer h. Sonderberichterkolonne.) Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung begann heute die Beratung des des Verhältnis von Staat und Kirche betreffenden Artikels 30 des Verfassungsentwurfes, zu dem Zentrum, Sozialdemokraten und Reichspartei Vorschläge eingebracht hatten.

Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes

Bremen, 31. März. (Druckbericht.) Der Bremer Kanalverein hat in seiner heutigen Jahresversammlung eine Entschließung gefaßt, in der nachstehende Forderungen gestellt werden: 1. Erhaltung eines einheitlichen deutschen Wasserstraßennetzes für den Verkehr mit 1000-Tonnen-Schiffen durch den Ausbau der Wasserstraßen sowie durch Anlage von baulichen Anlagen.

Die demokratische Interpellation über die Vorgänge in Leipzig. Die Interpellation Dr. Menke-Waldert (Demokrat), die sich damit beschäftigt, daß an Mitglieder der U. S. P. Leipzig 20.000 Gewehre abgegeben worden sind, und daß der Leipziger U. S. P. im Besitz von einigen tausend Schuß in Leipzig entwendeter Artilleriemunition ist, wird, wie wir erfahren, nicht am Freitag zur Verhandlung kommen, wie anfangs vorgesehene war.

Die Wahlen der unbesetzten Stadträte in Sachsen. Die Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, wonach die Wahlen der unbesetzten Stadträte, die bis zum 1. Januar 1920 geschehen sein sollen, vorgezogen werden müssen.

Änderungen der Reichsversicherungsordnung

Die Verordnung der alten Regierung über die Wahl des Vorstandsvorsitzenden und über die Krankenkassenangehörigen bei den Ortskrankenkassen bestimmt, abweichend von den bisherigen Bestimmungen, daß die Wahl in gemeinsamer Abstimmung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmermitglieder zu erfolgen habe. Die Kassenangehörigen fühlten sich durch diese Änderungen in ihren Anstellungsbedingungen bedroht, da sie damit wieder den Launen eines wechselnden Vorstandes ausgeliefert wurden.

Im Ausschuss für Sozialpolitik, dem die Nachprüfung der Verordnung übertragen wurde, war große Reizung, den Wünschen der Kassenangehörigen nachzukommen und die auf die Kassenangehörigen bezüglichen Bestimmungen der Verordnung zu streichen. Reichsarbeitsminister Bauer erklärte jedoch, daß ein solcher Beschluß ihm die Weiterführung des Amtes unmöglich machen würde.

Eine zweite Verordnung über Abänderung der R.-V.-O. enthält neben einer Reihe von Verbesserungen einschneidende Bestimmungen über die Dienstbotenklassen und die Erbschaftskassen. Im Ausschuss wurden Anträge eingebracht, die auf diese Kassenangehörigen einwirkenden Bestimmungen zu streichen. Bezüglich der Dienstbotenklassen wurden die Anträge zurückgezogen, der auf die Erbschaftskassen bezügliche aber angenommen.

Die Beschlüsse des Ausschusses sollten nun dem Plenum der Nationalversammlung vorgelegt werden, wurden aber von der Tagesordnung wieder abgelehnt, weil die zwischen den Parteien geführten Verhandlungen zu keiner Verständigung führten. Es ist dann aber ein Ausweg aus den Schwierigkeiten gefunden worden. Im Ausschuss war ein Antrag angenommen worden, den in den Landkrankenkassen Versicherten die gleichen Selbstverwaltungsgewichte wie den gewerblichen Arbeitern zu gewähren. Reichsminister Bauer sagte zu, noch vor Ostern eine entsprechende Novelle zur R.-V.-O. der Nationalversammlung zu geben zu lassen.

Dienstenthebung des Berliner Kommandanten Klauunde. Berlin, 1. April. (Druckbericht.) Die 'Vossische Zeitung' meldet: Der Kommandant von Berlin, Klauunde, ist wegen 'grober Verfehlungen' vom Reichswehrminister Noske als auf weiteres seines Dienstes entlassen worden. Die Verfehlungen, über die wohl die Untersuchung Genauer ergeben wird, werden aus gewissen Unstimmigkeiten in den Abrechnungen gefolgt. Die Führung der Geschäfte übernahm nach einer Mitteilung, die heute vorläufig in der Versammlung der Korpskommandanten des Gardekorps gemacht wurde, vorläufig der Angehörige des Kommandanturates, H. Lehmann, bis Gouverneur Schöppin, dem die Kommandantur unterstellt, im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister über die endgültige Übernahme der Geschäfte verfügt.

Staatsminister Hoff, der vom Posten als preussischer Eisenbahnminister zurückgetreten ist, ist Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen geblieben und führt als solcher die Verhandlungen und Vorarbeiten für die Übernahme der deutschen Staatsbahnen durch das Reich.

Verbotene Zeitungen im besetzten Gebiet. Wie wir hören, ist durch den englischen General Halling mitgeteilt worden, daß u. a. die Einführung sogenannter deutscher Zeitungen in das durch die Engländer besetzte deutsche Gebiet verboten ist: 'Germania', 'Berliner Morgenpost', 'Leipziger Tageblatt' und 'Berliner Botschafter'.

Eine Revolutionsdichtung Coethes auf der Bühne. Aus München schreibt uns unser h. Mitarbeiter: Es war ein guter Einfall Gustav W. Freitag's, im Reigen Theater Coethes Revolutionsdichtung aus dem Jahre 1793 'Der Bürgergeneral' im gegenwärtigen München zur Aufführung zu bringen. Der große Weimarer weiß in dem kleinen Lustspiel manches wichtige Wort über die Ausschüsse der Revolution zu sagen, das heute dieselbe Bedeutung haben mag, wie in den Tagen des großen französischen Umsturzes.

Von der Universität Leipzig. Der anhersehensmäßige außerordentliche Professor der Nationalökonomie Dr. phil. Eduard Biermann hat einen Ruf als Ordinarius an die Universität Greifswald erhalten und nimmt diesen Ruf an. Professor Biermann, der 1878 in Bremen geboren ist, habilitierte sich im Sommersemester 1904 an der Universität Leipzig, wurde 1910 zum außerordentlichen außerordentlichen Professor befördert und verwalte im Sommersemester 1917 das Ordinariat für Nationalökonomie an der Technischen Hochschule zu Dresden.

In der Schwelle. Gedicht von Hedwig Forckreuter. Ein starkes, tiefes Naturgefühl durchströmt diese Verse (bei Adrian von der Brücke, Leipzig), denen geminnende Natürlichkeit des Ausdrucks — der nur hier und da konventionell wird — und wohlthuende Ursprünglichkeit eigen sind. Diese Frauenlyrik vertritt den geschlossenen Charakter einer Persönlichkeit von echt weiblichem Fühlen. Die Form wurde durch Konzentration wesentlich gemindert, bleibt aber rhythmisch reizvoll. Die Gedichte sind nicht in intellektueller Erkenntnis, sondern rein gefühlsmäßig. Hubert Wilm schmückt den Band mit feinen Zeichnungen, deren leichtschwebender Charakter mit dieser Lyrik nur nicht recht harmonieren will.

man schon vorher 30 Gemälde, die der Kurfürst von Hessen bei seiner Flucht einzuheben ließ, nachdem der Oberhaupt des Kurfürstentums das Verbot verweigert hatte, fortgeschafft. Diese Bilder kamen in den Besitz der Kaiserin Josephine, deren Familie sie dann an den russischen Kaiser verkaufte. Die hessische Regierung, die die Rückgabe forderte, kam um einen Posten zu spät und mußte den hohen Verbänden mit seinem Kostbarkeiten abgeben lassen. Dafür gewann sie aber fast alle der 230 Bilder, die Denon später aus der Kaiserin Galerie ausgeführt hatte, zurück. Der hessische General Ribbentrop requirierte sie einfach nach der Einahme von Paris. Der gigantische Plan des Kaiser Napoleon, das alle Kostbarkeiten der Welt vereinen wollte, ging damit in die Brüche. Die zumal ergründeten Schätze waren erst in einem Mittel ausgespart, der Rest war magaralisch. Die Berliner Viktoria fanden Wilhelm's Soldaten noch in einem Schuppen. Jameson in Napoleon durch diesen Plan der Schöpfer des modernen Museumswezens geworden, denn der Gedanke, daß die Kunstgegenstände dem Volke zugänglich gemacht werden müssen, kam hier zuerst zur Durchführung. Bisher war die Beschaffung einer Sammlung ein hoffnungsloses Vergnügen gewesen; die Staatskassen, die ein solcher Versuch bedeutete, klang noch lange nach, wenn etwas in Petersburg vorgeschrieben wurde, daß man zum Besuch der Eremitage den Frack anzuziehen habe. In der Eremitage waren ja dann auch die Kaffeebilder der Kaiserin Josephine, dabei Werke von Rembrandt, Lebrun und Potter, gelandet. Nach dem Westfälischen Frieden hat man sogar gehofft, diesen Schatz wieder nach Kassel zurückzubekommen.

Was nach damaligen Anschauungen ganz legal war, ist dann im 19. Jahrhundert aus der Übung gekommen. Nur zu Anfang des Krieges hat sich einmal bei uns eine Stimme erhoben, die im Namen des Krieges die Anwesenheit feindlicher Kunstgegenstände forderte. Aber diese Stimme hat kein Echo, sondern nur Widerspruch gefunden. Nur ein einziges Bild wurde einem französischen Museum entnommen, ein Bild des Plazetta, das ursprünglich der Deutschordenskirche in Frankfurt gehörte und von Denon entführt wurde. Als man es 1871 zurückforderte, war es nicht aufzufinden. Was damals vermisst wurde, ist nunmehr nachgeholt. Sonst, das sei nochmals betont, war die Denkmalspflege in den besetzten Gebieten ein Ruhmestitel der deutschen Verwaltung.

III. Kriegerabend von Ely Rey. Als Ausdrucksästhetiker hat Ely Rey eine Entwicklung durchlaufen, die sie heute zu den wenig aussergewöhnlichen Vertreterinnen ihres Faches zu zählen, ja wenn nicht als deren Führer zu bezeichnen berechtigt. Gewandte sie doch auch diesmal dem veränderten und anspruchsvollen Hörer einen hohen Kunstgenuss. In ihrem Spiel offenbart sich eine Persönlichkeit von eminent musikalischen Empfinden, die sich in der Tonsprache eines Weibchens und Dramas in gleicher Weise auskennt wie in der Chopin's und Liszt's. Immer wieder gilt es zu bewundern, in welcher hohen Maße Ely Rey

schon die verschiedenartigsten Gedanken und Gefühle, wie sie in den letzten bargeordneten Werken niedergelegt wurde, anzuzeigen verfehle und vermöge höchstentwickelter Fingerfertigkeit und Anschlagkraft wie nicht minder eines ebenso feinen poetischen wie dramatisch-temporamentvollen Empfindens wieder zum Ausdruck zu bringen vermag, dabei jederzeit den Eindruck hinterlassend, als ob man ihren Improvisationen lausche. Alles erscheint selbst erlebt, wird aus innerster Überzeugung heraus ebenso plastisch wie stark gefühlsmäßig gehalten. Ihr Spiel wird künstlerische Produktion. Daher die Eigenart in Auffassung d'oper oder jener Stelle, daher aber auch die unmittelbare Wirkung auf die Herzen ihrer Zuhörer, die durch ihr Spiel begeistert wurden, dafür auch begeistert dankten.

Carl Hermann.

Die Revolution dichtung Coethes auf der Bühne. Aus München schreibt uns unser h. Mitarbeiter: Es war ein guter Einfall Gustav W. Freitag's, im Reigen Theater Coethes Revolutionsdichtung aus dem Jahre 1793 'Der Bürgergeneral' im gegenwärtigen München zur Aufführung zu bringen. Der große Weimarer weiß in dem kleinen Lustspiel manches wichtige Wort über die Ausschüsse der Revolution zu sagen, das heute dieselbe Bedeutung haben mag, wie in den Tagen des großen französischen Umsturzes. — Das Spiel der Herren Fuchs-Piska, Schreiner und Stark in den Hauptrollen war für den leichtbewegten Coetheschen Ton zu postenhaft-berb.

Von der Universität Leipzig. Der anhersehensmäßige außerordentliche Professor der Nationalökonomie Dr. phil. Eduard Biermann hat einen Ruf als Ordinarius an die Universität Greifswald erhalten und nimmt diesen Ruf an. Professor Biermann, der 1878 in Bremen geboren ist, habilitierte sich im Sommersemester 1904 an der Universität Leipzig, wurde 1910 zum außerordentlichen außerordentlichen Professor befördert und verwalte im Sommersemester 1917 das Ordinariat für Nationalökonomie an der Technischen Hochschule zu Dresden.

In der Schwelle. Gedicht von Hedwig Forckreuter. Ein starkes, tiefes Naturgefühl durchströmt diese Verse (bei Adrian von der Brücke, Leipzig), denen geminnende Natürlichkeit des Ausdrucks — der nur hier und da konventionell wird — und wohlthuende Ursprünglichkeit eigen sind. Diese Frauenlyrik vertritt den geschlossenen Charakter einer Persönlichkeit von echt weiblichem Fühlen. Die Form wurde durch Konzentration wesentlich gemindert, bleibt aber rhythmisch reizvoll. Die Gedichte sind nicht in intellektueller Erkenntnis, sondern rein gefühlsmäßig. Hubert Wilm schmückt den Band mit feinen Zeichnungen, deren leichtschwebender Charakter mit dieser Lyrik nur nicht recht harmonieren will.

Frankreich macht neue Schwierigkeiten

Rotterdam, 1. April. (Drahtbericht.) Dem 'Nieuwe Rotterdamchen Courant' zufolge meldet 'Daily Chronicle', daß die Frage der Wiedergutmachung ein der größten Hindernisse für den Frieden sei. Man ist der Meinung, daß wenn die Franzosen der amerikanischen Methode, die die Wiedergutmachung betreffenden Fragen zu lösen, beifoligen, man sagen könnte, daß der Friede beinahe in Sicht sei. Seit gestern sei jedoch die ganze Lage verändert. Die Franzosen nahmen den Standpunkt ein, daß das ganze Saarthal Frankreich als Teilentschädigung für die von den Deutschen zerstörten französischen Kohlenbergwerke abgetreten werden müsse. Es wird angenommen, daß sowohl Wilson als auch Lloyd George dagegen protestieren und sich zu dem Prinzip bekennen, daß Völker nicht veräußert und nicht ohne ihre eigene Zustimmung von der nationalen Obergewalt einer anderen abgetreten werden dürfen. 'Daily Chronicle' schreibt weiter, daß es bezeichnend ist, wenn die in Amerika herrschende Unzufriedenheit über die Verzögerung des Friedensschlusses auf Wilson einen Einfluß ausübt und Wilson sich frage, ob er den Interessen seines Landes damit dient, daß er länger in Paris bleibt.

'Daily Chronicle' zufolge, erreichte die Spannung auf der Friedenskonferenz den Höhepunkt, wobei ganz offen darauf hingewiesen wird, daß an jeder Verzögerung des Friedens Frankreich Schuld trägt. — Das Wall Journal weiter: Der unermüdete Jagd an der Haltung der Franzosen sei die Tatsache, daß sie immer wieder, nachdem sie hier und da die bestimmteste Regelung beifoligen, neue Vorschläge machen, die mit der früheren Übereinkunft nicht vereinbar sind, oder der ursprünglichen Regelung nicht nachkommen wollen. Inzwischen sei die Lage in Europa so schlecht geworden, daß manches der Völker, um die es bei den Verhandlungen geht, zweifelt, ob die Willkür dieser Lage Herr werden können. Wahrheit sei, daß die Lage auf der Friedenskonferenz ernst ist. Wenn nicht bald eine Veränderung zum Guten eintritt, könnten außerordentlich schlimme Dinge eintreten.

Rücktritt Amerikas von der Friedenskonferenz?

Elfen, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) 'Daily Telegraph' meldet aus New York: Der Korrespondent der 'New York Times' auf der Friedenskonferenz drückt seinem Vater, daß die Möglichkeit des Rücktritts Amerikas aus der Friedenskonferenz besteht. Dieser Korrespondent gilt in Amerika als sehr zuverlässig. In seinem Telegramm sagt er, daß falls sich die Verhältnisse auf der Friedenskonferenz nicht bessern, der Welt wahrhaftig eine Sensation bereitet wird. Die Sitzungen des Rates der Vier sind jetzt auf einem stillen Punkt angelangt. Western haben sich die Dinge zu einem kritischen Punkt zugespitzt. Die Umstände haben sich heute eher verschlechtert als verbessert.

Der amerikanisch-französische Konflikt in der Danziger Frage

Berlin, 1. April. (Drahtbericht.) Das 'Welt. Tagebl.' meldet aus Amsterdam, daß auch in der Danziger Frage die von England unterstützte Standpunkt Amerikas die: die französische Auffassung triumphiert habe. Es scheint, daß Wilson in dieser wie in anderen Fragen bis zu verhältnismäßigen Drohungen mit Druck gehen müsse, um Frankreich zur Milderung seiner Forderungen zu bringen. Nach Meldungen aus englischer Quelle sei es ferner nicht ausgeschlossen, daß Klonen und Island all Polen vereinigt würden, damit Klon Haupthafen für Polen werden könne. Daneben werde die Internationalisierung der Weichselmündung und die Schaffung eines Freihafens in Danzig weiter erzwungen.

Abreise Sochs nach Spa

Paris, 1. April. (Drahtbericht.) 'Echo de Paris' meldet: Marshall Soch ist heute nacht zur Front mit allen erforderlichen Instruktionen abgereist, um mit dem deutschen Kommandanten in Spa zu verhandeln. Es wird mit dem Rat der Vier während in Verbindung stehen. Der Rat für Liebeserklärungen habe alle Maßnahmen ergriffen, um den Transport der Truppen zu sichern. Man nehme an, daß der Rat der Vier nicht zögern wird, erforderlichenfalls zu Exzessen überzugehen.

Soch entsetzt?

Rotterdam, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die 'Times' melden aus Paris: Marshall Soch erhielt Vollmacht der Alliierten, in der polnischen und Danziger Frage selbständig zu entscheiden. Soch selbst besteht aus militärischen Gründen auf den Transport der polnischen und alliierten Truppen über Danzig.

Danzig, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Hier sind Enten leertester eingetroffen. Wie verlautet, haben sie die Aufgabe, für die demnächst einrückenden Offiziere der Entenentruppen Quartiere zu beschaffen.

Trier-Brüel-Verailles-Compiègne

Genf, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Haas bringt aus Paris die bezeichnende Nachricht, daß die deutsche Finanzdelegation nicht nach Versailles, sondern nach Bois-Saint-Adenée (Oise) abreisen soll, wo sie auf Schloß Villette einquartiert wird. Die Zusammenkünfte zwischen den französischen

und deutschen Delegierten finden in Compiègne statt. Demnach finden an nicht weniger als 4 Orten Verhandlungen über den Frieden statt, und zwar in Versailles die internationalen Vertreter, in Brüssel die Lebensmittelkommission, in Trier die Weichselmündungskommission und in Compiègne die Finanzkommission.

Unzeitgemäße „Enthüllungen“

München, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Der resolutionäre Arbeiterrat und anarchistische Schriftsteller Gustav Landauer, der zum englischen Eisenkreis gehörte, machte in öffentlicher Versammlung die sensationelle Mitteilung, daß Erzberger 1914 eine Denkschrift verfaßt habe, die folgende Friedensbedingungen enthielt: Annexion Belgiens und der französischen Normandie, Bestätigung der Großbritanniens vorgeschlagenen normannischen Inseln und der heutigen russischen Randstaaten, ferner Errichtung eines zusammenhängenden deutschen Kolonialreiches in Afrika und eine Kriegsentfädigung, die nicht nur die in die ersten Kriegsmomente entfallenden 10 Milliarden Kriegskosten, sondern auch die Deckung der gesamten Reichsschulden umfassen sollte. General v. Falkenhagen, Generalstabchef v. Nolcke und Oberbefehlshaber v. Tirpitz hätten sich zu diesem Vorschlag in durchaus zustimmender Weise geäußert. Landauer behauptet, eine Abschrift der Denkschrift zu besitzen.

Reichsminister Erzberger wird nicht umhin können, zu den Enthüllungen Landauers Stellung zu nehmen. Auch wenn sie, was wir vorläufig hoffen wollen, nicht zutreffen sollten und dementiert werden können, bleiben sie dennoch in höchstem Grade bedauerlich, da sie die Aufgeben, die Erzberger bei den Verhandlungen mit der Entente zu lösen hat, notwendigerweise erschweren und auf den Abschluß des Friedens in unheilvoller Weise einwirken müssen. Wenn etwa Herr Landauer hoffte, durch seine Indiskretionen Erzberger zu diskreditieren und womöglich von seinem Pich verdrängen zu können, damit etwa ein Unterhändler von Schwäbe Landauers mildere Bedingungen bei der Entente durchsetze, so beruht diese Hoffnung auf derleißen Phantasterei wie die Erwartungen, die sein kleiner Eisner seinerzeit an seine eigenen Enthüllungen geknüpft hat.

Deutsche Vorkläre zur Regelung der jüdischen Frage im Friedensvertrage

Berlin, 31. März. (Drahtbericht.) In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen sind heute vorläufig die Klänge zur Regelung der jüdischen Frage bei den Friedensverhandlungen statt. Die Sachverständigenkommission für jüdische Angelegenheiten schlägt folgende Forderungen vor: Gleichberechtigung und Gleichstellung der Juden und des Judentums in allen Ländern und Befreiung aller Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, die Beschränkungen lediglich für Juden enthalten, und ferner die nationale und kulturelle Autonomie in den neugebildeten Staaten in dem Umfang, den die Mehrheit der dortigen Juden fordert, sowie Festlegung solcher politischer, administrativer und ökonomischer Bedingungen für Palästina, die eine Entwicklung zu einer von dem gesamten Judentum getragenen Autonomie (Commonwealth) gestiftet wird. Ferner wird unter lebhaftem Beifall Entschädigung der Pogromopfer durch den betreffenden Staat verlangt, endlich Einsetzung eines neutralen Ausschusses mit der Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Grundzüge des Vorschlags der Friedenskonferenz hinsichtlich der Juden durchgesetzt werden. An der Verlegung der Forderungen schloß sich eine allgemeine Diskussion an, an der auch Vertreter der Regierung sich lebhaft beteiligten.

Beginn der neutralen Fischlieferungen

Stockholm, 1. April. (Drahtbericht.) Vom 'Stockholm Dagbladet' hat der amerikanische Konsul in Stockholm, Morris, vom Obersten Konsulatsrat telegraphisch die Nachricht erhalten, daß alle Norwegen, Schweden und Dänemark auferlegene Fischausfuhrverbote nach Deutschland aufgehoben worden sind. Das Schwedische Rotkreuz ist somit in die Lage versetzt, 200.000 Tonnen Perennie nach Deutschland anzuführen.

Berlin, 1. April. (Drahtbericht.) Die Ausfuhr der in ungeheuren Mengen in Norwegen für Deutschland und Lagernden Herings und Fischprodukte hat, dem 'Welt. Tagebl.' zufolge, begonnen. In Hamburg sind bereits fünf Dampfer mit Heringen und Fischprodukten eingetroffen. In mehreren Häfen Norwegens werden weitere Ladungen für Deutschland ausgeladen, die in diesen Tagen eintreffen.

Hamburg, 1. April. (Drahtbericht.) Eine amerikanische Lebensmittelkommission hat in Hamburg ihren Sitz aufgeschlagen; sie nimmt ihre Tätigkeit sofort auf.

Hamburg, 1. April. (Drahtbericht.) Das dritte amerikanische Lebensmittelgeschiff 'Lake Kahare' mit 200.000 Tonnen Weizenmehl ist heute angekommen. — Die 'Lake Tulare' ist heute morgen wieder nach Amerika abgegangen.

Amsterdam, 1. April. (Drahtbericht.) Dem W.T.B. wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die Lebensmittellieferung in Rotterdam gute Fortschritte machen. Es werden angeblühlich die Ladungen von fünf Lebensmittelgeschiffen in Reichertshafen umgeladen.

Der Streik der Versicherungsbeamten ist in letzter Stunde verhindert worden, indem die Forderungen bewilligt worden sind.

Interpellation in der Volkshammer

Dresden, 1. April. (Drahtbericht.) Unserer Dresdener Schriftleitung) Folgende Interpellation Richtigkeits (Demokrat) und Genossen ist bei der Volkshammer eingegangen: Wie gedenkt die Regierung, sofern die Übernahme des Staatsbahnen durch das Reich durchgeführt wird, die Interessen des Freistaates Sachsen in finanzieller, volkswirtschaftlicher und verkehrswirtschaftlicher Hinsicht abzuwehren? Eine Interpellation Schröder (Unabh. Soc.) und Genossen lautet: Ist der Regierung bekannt, daß eine Anzahl sächsischer Kleinstädte und Landgemeinden nicht in der Lage ist, die Erwerbslosenunterstützung verlageweise zu übernehmen und daß die Unterstufungen daher nicht immer pünktlich ausgezahlt werden können? Ist der Regierung weiter bekannt, daß Kleinstädte und Landgemeinden unter der andauernden Erwerbslosigkeit so schwer gelitten haben, daß es ihnen unmöglich ist, das auf die Gemeinden entfallende Budget der Erwerbslosenunterstützung weiter zu tragen? Was gedenkt die Regierung zu tun, um diese Gemeinden vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren?

Die Dresdner Postbeamten über den Fall Henke

Dresden, 1. April. (Drahtbericht.) Unserer Dresdener Schriftleitung) Der Beamteneirat bei der Dresdener Oberpostdirektion veröffentlicht nach der Erklärung des Gesamtministeriums folgendes:

Dem Inhaber des sogenannten Postreferats, Herrn Henke, der Postinspektur in Dippoldiswalde mit etwa einjähriger Dienzeit war, sind seinerzeit von dem früheren Staatssekretär Küdlin Ingegnungsnisse ganz bestimmter Art gemacht worden, die unternommen sein sollten. (Herr Henke hatte nur das Recht, Gesuchen entgegenzunehmen und sie unternommen weiterzugeben; weitere Befugnisse hatte er nicht.) Eine Mitwirkung an den Sitzungen des Postreferats gaberte nicht zu dem ihm erteilten Befugnisse. Insofern hat ihn auch nicht das Recht zu, an den Sitzungen teilzunehmen oder sich vertretend zu lassen. Außerdem hat Herr Henke am 11. Februar vor Zeugen ausdrücklich erklärt, daß Herr Junge als sein Vertreter nicht anzusehen sei. Die Ablehnung dieses 'Referatsreferats' war unter den obwaltenden Umständen ganz am Platze. Es muß ganz besonders darauf hingewiesen werden, daß der Genannte, als er an der Sitzung der Oberpostdirektion teilgenommen hätte, auch von Oberpostdirektor Spranger abgelehnt wurde. Eine Verschimpfung der sächsischen Regierung liegt unter solchen Verhältnissen durchaus nicht vor. Die Vernehmung des Telegrapheninspektors Schmidt hat sich, wie durch Zeugen erhärtet ist, gar nicht auf die ordnungsmäßige sächsische Regierung bezogen. Wenn die Regierung den öffentlichen Mißgriff des Arbeiter- und Sebatens-Rates damit entschuldigt, daß keine Anklage die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit sei, seine Anordnung zur Verhaftung daher nicht beantragt werden könne, so erreicht sie gerade das Gegenteil von dem, was sie erreichen will. Es muß zwar ohne weiteres zugegeben werden, daß der A. und S.-Rat sich um die öffentliche Ordnung und Sicherheit große Verdienste erworben hat. Inwiefern stellt sich, daß durch auch nur einen einzigen derartigen Liebergriff — es liegt doch eine Freiheitsberaubung vor — das Vertrauen der Bevölkerung zu einem derartigen Sicherheitsorgan nicht gestört werden kann. Trotz aller Abschwächungsversuche der Regierung läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß im vorliegenden Falle ein Akt großer Unpünktlichkeit vorliegt, der sich durch nichts beseitigen läßt, zumal es sich hier um einen bekannten Vertreter der organisierten Arbeiterschaft handelt. Die Reichsbeamtenchaft bedauert sich alle weiteren Schritte vor.

Volkshammer Offthüringen. Mit der Verschmelzung der beiden ehemaligen Fürstentümer Reuß Ältere und Reuß Jüngere links kommt der geschichtliche Name Reuß in Fortfall. Das neue Staatsgebilde erhält den Namen Volkshammer Offthüringen. Hauptstadt dieses neuen Volksstaates wird Oena.

Bürgermeisterwahl in Hamburg. Der Senat hat für das laufende Jahr den bisherigen Ersten Bürgermeister von Nolle zum Ersten Bürgermeister wiedergewählt und an Stelle des aus dem Senat ausgeschiedenen Dr. Schroeder den Senator Stolten. Redakteur des 'Hamburger Echo', zum Zweiten Bürgermeister neu gewählt.

Ablehnung v. Kardorff durch den Kaiser A. und S.-Rat. Der Arbeiterrat in Elba in Polen beschloß, den Posten des Landrats in Elba, den der Abgeordnete von Kardorff bekleidet, neu zu besetzen.

Wiesenerkehr mit England. 'Daily Mail' meldet, daß nach Bekanntgabe der britischen Postbehörde der direkte Briefverkehr mit Deutschland für den 15. April freigegeben werden soll. Die Briefe unterliegen jedoch weiterhin der Zensur.

Amsterdam, 31. März. (Drahtbericht.) Wechsel auf Berlin 22,50.

Hauptschriftsteller Dr. Erich Coerth. Verantwortlich für den politischen Teil Dr. Georg Meißner; für den politischen Teil Dr. Georg Meißner; für die Geschäftigkeit Walter Schölerer; für die Redaktion und den Druck Dr. Erich Coerth; für den Druck Dr. Erich Coerth; für den Druck Dr. Erich Coerth; für den Druck Dr. Erich Coerth.

In diese gestrige Abendausgabe umfaßt 4 Seiten, die vorliegende Ausgabe 12 Seiten, zusammen 16 Seiten

Die drei Kinder

Roman von Hermann Einshelmer. (Nachdruck verboten.)

III. Ein paar Tage später trafen sich Marie und Frau Moser auf der Straße. Frau Moser war in ihrem Grusse herzlich als je. Sie gingen eine Weile zusammen, ohne etwas zu sprechen und ohne für ihr merkwürdiges Schweigen einen Grund zu finden. Beide aber suchten nach einem. Sie wußten nicht, woher ihre Befangenheit kam.

Pflichtlich blieb Frau Moser stehen und legte eine Hand auf Mariens Arm.

Wissen Sie, liebe Marie, daß mein Sohn seit vier Tagen vertriebt ist? Er hinterließ mir einen Zettel, aus dem folgendes stand: 'Ich muß mehrere Tage fort. Vergißte dich nicht, Gustav.' Der junge Frau flochte das Blut. Sie glaubte umzusinken. Sie fragte fast schluchzend:

Wo mag er sein? In welchem Tage ging er denn fort? Es fühlte sich heraus, daß Gustav noch in der gleichen Nacht, in der er mit Marie und Heinrich zusammen war, den Zettel geschrieben und wohl auch die Reise angetreten hatte.

Frau Mosers Stimme zitterte, als sie sagte:

Liebes Kind, sagen Sie mir um Himmelswillen, was meinem Sohne zugestoßen ist, daß er wieder von mir fortgehen muß?

Marie ging langsam weiter, Frau Moser blieb einen halben Schritt hinter ihr. Sie gingen gerade über den Marienplatz. Der Regen hatte an diesem Morgen ausgehört. Viele Müßiggänger schlenderten vorüber. Die Luft war vom Regen gesättigt und legte sich kühl und feucht auf die Haut.

Marie antwortete:

Wie kann ich etwas von Gustav wissen! Ich kenne ihn zu wenig.

An sich selbst aber richtete sie Frage auf Frage: Ist er unglücklich? Wieder, wie damals? Bin ich daran schuld? Muß ich mich um ihn kümmern? Muß ich mich seiner annehmen? Habe ich ihn denn gernt?

Die letzte Frage blieb nicht: 'Liebe ich ihn?' Sonst hätte Marie sofort brüch verneint. Sie bejahte aber.

Frau Moser ging klein und schleppend neben ihr her. Sie hätte Marie an beiden Armen fassen und immerzu schütteln mögen. Sie fragte aber nur mit unterdrückter Stimme:

„Weiß auch der Mann nichts?“

„Ich glaube nicht. Wenn er sagt mir alles.“

Marie machte sich möglichst rasch von Frau Moser los und eilte nach Hause. Sie sagte dem Mädchen, sie sei unwohl und schloß sich im Schlafzimmern ein. Mit schweren Gliedern sank sie auf sein Bett. Blau und rote Farben tanzten vor ihren Augen und brannten ihr im Gehirn, daß sie schlönte. Durch die Farben floßen, wie Eischollen durch Finzwasser, kalte, starre Wilder, Vorstellungsbilder, die schon vorüber waren, wenn Marie ihnen nachsinnen und nachsehen wollte. Alles schien ihr bekannt zu sein, alles schien schrecklich und herausfordernd, alles unerklärlich und dumm.

Marie wählte mit den Händen im Haar und presste schließlich abgerissene Worte durch die Zähne: „gräßlich, merkwürdig, wunderbar, dumm.“ Dieses letzte Wort wiederholte sie oft und oft.

Dann kam ihr Mann nach Hause und klopfte an die Tür. Sie antwortete nicht. Er fragte: 'Schläfst du?' Sie schweig. Er ersnickte sich. Endlich erhob sie sich. Ohne daß sie es merkte, lösten sich Tränen und rannen ihr weich über das Gesicht. Sie trocknete sie nicht. Sie streckte stumm die Arme aus. Dann lächelte sie wieder. Sie verstand sich nicht.

Wie sie war, ging sie zu ihrem Manne, mit unordentlichem Haar und kaum verschwandenen Tränen. Er erschrak und wollte zum Arzt schicken. Als sie scharf widersprach, war er sehr geschäftig um sie und tat wie der besorgteste Hausvater. Sie wehrte ihm unwillig und sagte sogar ganz grob:

„Wenn du mich in Ruhe lassen würdest, wäre ich gleich wieder in Ordnung.“

Sie setzten sich an den Mittagstisch und waren sehr einflüßig.

Pflichtlich lachte Heinrich laut hinaus.

Was meinst du, wo Gustav lebt ist?

Marie sank schwach in ihren Stuhl zurück. Heinrich eilte zu ihr: 'Habe ich dich erschreckt, ich Tölpel?'

Nach einigen Sekunden, in denen sie rasch Atem holte, fragte sie gleichgültig:

Wo ist er denn, der Rarr?'

Heinrich zog eine Ansichtskarte aus der Tasche. Sie war von Gustav, von Onkel Fritz und dem alten Felder. Gustav war in Weibburg.

In Marie schlangen schwere Blutwellen auf, sie taumelte in ihren Stuhl, ließ den Kopf sinken und meinte laut:

Heinrich stand ratlos. Er beugte sich über seine Frau und koste sie, ohne sie aber beruhigen zu können. Er wurde ärgerlich und sagte fast aufgebracht:

„Du hast Launen heute, Marie. Man muß dich allein lassen.“

Damit ging er hinaus und verließ auch die Wohnung.

Er dachte neidlich an Gustav. Marie aber war plötzlich mit allen Gedanken in Weibburg. Sie leitete Gustav und Onkel Fritz Gesellschaft.

Gustav war selig und frohlich in Weibburg. Er war aus München geflohen vor etwas Mörderischem, das ihn wie mit Dolchen angefallen hatte. Der Name Marie drohte ihm zu fällen — und jeder Atemzug von ihr drohte es und jedes Wort von ihr und jedes Wort über sie. Vergangenes, das er um sie erduldet hatte, und Zukünftiges, das ihm von ihr noch zu erwarten stand, trieben ihn fort.

Onkel Fritz nahm ihn auf wie einen Triumphator, der alte Felder wie einen verlorenen Sohn, der zurückgekehrt ist. Frau Felder bewarf ihn mit tausend Fragen nach Heinrich und Marie. Der Pfarrer zeigte ihm sein Anwesen und frank mit ihm, als er sich genügend belobt sah, eine gute Flasche Wein. Der alte Felder behauptete, der Pfarrer trinke in letzter Zeit zu oft eine gute Flasche Wein. An seine eigene rötliche Nase dachte er nicht.

Er führte mit Gustav große und kleine Schauspiele auf. Das erste hieß: Moritz Moser, dein Vater und mein Freund. Das zweite: Gustav als Kind. Das dritte: Gustav als Student und mein Besuch bei ihm. Das vierte: Gustav in der Fremde und was inzwischen zu Hause geschah.

Gustav merkte nun bald, daß Felder krumme Wahrheiten gerne umbog zu geraden Lügen. Er war weit davon entfernt, daran Anstoß zu nehmen. Er liebte sogar diese Lügen, die nicht aus einer Not, sondern aus einer Lust geboren waren. Er pflegte zu sich vom Kulturwert der Lüge und von der Ueberhöhung der unanständigsten nackten Wahrheit zu sprechen.

Da der Wein sehr gut ausgefallen war, kam Gustav häufig zum Trinken. Felder benötigte ihn als Vorwand, um allerhand Feste zu feiern.

(Fortsetzung folgt.)





### Sächsische Volkshammer

Präsident unserer Dresdner Schriftleitung

Δ Dresden, 1. April.

Präsident Freyberg eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr. Das Haus ist mäßig besetzt. Die Erledigung der Tagesordnung steht die Interpellation Dr. Dietel und Genossen: 1. In welchem Umfange sind Darlehen im Sinne des Art. 119 des Verfassungsgesetzes (Sächsische Schrift vom 5. April 1919) an Inhaber von Betrieben der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und Gewerbe, an Angehörige freier Berufe, an Haus- und Grundbesitzer, Privatangehörige und Arbeiter gewährt worden? 2. In die Regierung bereit, weitere Mittel namentlich zum Aufbau der durch den Krieg schwer geschädigten wirtschaftlichen Einzelbetriebe und unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten zur Verfügung zu stellen?

Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren. Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren. Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren. Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren. Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren. Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren. Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren. Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren. Der Herr Abgeordnete Dietel (Dem.) begründet die Interpellation und knüpft dabei an den im Jahre 1918 von den Abg. Günther, Koch und Genossen zum gleichen Thema gestellten Antrag. Dieser hat die Regierung ermächtigt, Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die aus Anlaß des Krieges wirtschaftlich geschädigt worden sind, Darlehen bis zu 1500 Mark bzw. 2500 Mark zu gewähren.

alles, was Menschenwürde trägt, ein menschenwürdiges Dasein führen soll. Sängt aber die Wohlfahrt eines Volkes wirklich nur von der wirtschaftlichen Entwicklung ab? Doch niemand ist es gelungen, den Gegensatz zwischen arm und reich zu beseitigen. Ohne einen gewissen Kapitalismus ist nicht auszukommen. Selbst Neurath führt ihn durch ein Hinterlächeln wieder ein. Weil der Handel sich nicht ausweiten lassen kann, hat er verbotene Wege eingeschlagen. So hat die Errichtung der Kriegsgesellschaften einen großen Schleichhandel hervorgezogen. Deshalb muß der Handel seine alte Freiheit wiedererhalten.

Das wird selbst von sozialistischer Seite (Salmer) gefordert. Auch Wirtschaftsminister Schwarz hat sich in diesem Sinne geäußert und zieht hoffentlich die praktische Forderung aus seinen Worten. Vor allem müssen die Streikunruhen ausbleiben, damit wir wieder Kredit im Ausland bekommen.

Abg. Lange-Leipzig (Soz.) warnt vor völliger Freigabe des Handels, die zu wilden Spekulationen führen und die Preise stark in die Höhe schnellen lassen würde. Daß die deutsche Landwirtschaft das Volk ernähren kann, ist nur eine Selbstverständlichkeit. Während des Krieges haben wir uns nicht einmal an Kartoffeln satt essen können. Deutschland ist das größte Produktionsland für Zucker gewesen. Und wie sieht es heute mit der Zuckerration aus? Ein Abbau der Zwangswirtschaft für unsere Hauptnahrungsmittel ist im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich. Mit der Freigabe des Handels kann man einen Versuch machen. Aber die Preise werden unerträglich werden.

Abg. Lehmann (Deutschl.) äußert sich im Sinne des Antrages Schmidt, den sächsischen Bevollmächtigten in Berlin Dr. Koch möchten auch wirtschaftliche Vorschläge begeben werden. Ministerialdirektor Dr. Dehne: Die Regierung wird dafür sorgen, daß bei der Vertretung Sachsens in Berlin wirtschaftliche Belange in Berlin eingetragt werden. Die Industrie muß aber dafür sorgen, daß die nötigen Leute dafür zur Verfügung stehen.

Abg. Pfeiffer (L. G.): Die Freiheit des Handels ist für uns noch nicht das letzte Ziel. Heute blüht der Schleichhandel. Ganze Eisenbahnszüge werden zur Verfügung gestellt. Die Milchland der Eisenbahnbeamten ist mindestens sehr wahrscheinlich. Solcher korrupten Gesellschaft darf man sich in Zukunft nicht mehr anvertrauen, darum blüht nur die Sozialisierung.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Schmidt wird an den Vorgesandtenauschuß gemeldet. Nächste Sitzung Donnerstag, 3. April, 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Antrag Arz betreffend Veränderung der ärztlichen Ehrengehaltsordnung. 2. Antrag Wähling betreffend Veränderung des Dividendensteuersatzes. Schluß gegen 1/2 Uhr.

Zeichnet die mündlichere 4% Sächsische auslosbare Staatsanleihe von 1919 zu 98.50% Schluß der Zeichnung: 5. April.

### Kirche und Schule Ein Wort zur Klärung

In dieser Stellung sind verschiedene Stimmen zur Frage des Religionsunterrichts zu Worte gekommen, von Seiten der Lehrerschaft und aus Kreisen der Politik; die Kirche hat bisher ausführlich sich noch nicht geäußert. Auch ich möchte nur zögernd und mit Vorbehalt das Wort ergreifen, weil auf die jetzige Lage der Ausspruch Heraklitos paßt: Alles ist im Fluß. Noch hat die deutsche Nationalversammlung nicht die allgemeinen Richtlinien für die Trennung von Kirche und Staat, und damit auch des Religionsunterrichts gegeben, und auch die sächsische Nationalversammlung hat nur die Programmpunkte festgelegt, aber noch nicht dazu Stellung genommen. In einer solchen Lage ist immerhin Vorbehalt und Zurückhaltung angebracht, andererseits aber ist jetzt auch die Stunde der Entscheidung, nämlich die letzte Stunde, und sie darf nicht ungenutzt vorbeigehen. Denn darüber sind wir doch wohl alle, die die Kinderseelen lieb haben, Eltern, Lehrer und Geistliche, klar: das letzte heranzukommende Geschlecht braucht für die großen und schweren Aufgaben, die seiner barren, alle fördernden, halt und Festigkeit gebenden Kräfte. Es darf ihm in dieser Beziehung nichts vorenthalten werden und keine in ihm ruhende Anlage unangewandt bleiben oder verkümmern. Wer aber möchte leugnen, daß zu den Grundanlagen des Menschseins die Religion gehört? Jede Kulturgeschichte und Völkerpsychologie beweist das. Das Kind hat das Anrecht auf Ausbildung seiner religiösen Fähigkeiten, auch nicht religiös gestimmte Eltern und Lehrer werden dies bei ruhiger Erwägung zugeben.

Dann ergibt sich aber auch als eine weitere Forderung: wenn eine religiöse Ausbildung erfolgen soll, möchte jeder Zweifel in ihr möglichst vermieden werden. Das besagt nun nicht, daß alle, die dem Kind in seinem religiösen Leben Führerrolle leisten wollen, in allen Dingen gläubiger Ansicht sind — das wird sich auf diesem Gebiete nie erreichen lassen —, wohl aber möchte ein Strom gegenseitigen Vertrauens und christlicher Achtung vor der Ueberzeugung des anderen, auch wenn sie von der eigenen weit abweicht, die Kreise durchziehen, die der Jugend Religion vermitteln. Elternhaus, Schule und Kirche müssen sich verstehen, adäquat und gegenseitig fördern um der Kinder willen. Das kann das deutsche Volk von ihnen verlangen. Und ebenso kann es von seiner Regierung erwarten, daß sie nicht eigenmächtig ohne Zustimmung dieser drei Faktoren eingreift. Und gerade in diesem letzten Punkte ist denkwürdigermaßen in jüngerer Zeit eine Erklärung des Volksbeauftragten, Ministerpräsidenten, dem Landeskonkordatium zugegangen, wonach die endgültige Entscheidung in Sachen der Einheitschule und des Religionsunterrichts erst von der Volkshammer getroffen werden soll und die Ausführungen des Konkordatiums zu diesen Fragen als wertvolles Material zu bezeichnen sind. Damit ist der Kirche das gesichert, was der Schule schon zuteil wurde, wobei ihrer Wünsche. Die Elternschaft aber mag zu Worte kommen durch die von ihr gewählten Volksvertreter, oder sich andere Wege oder Vertretungen suchen, ihre Stimme zu erheben. Das ist ihr Recht.

Vertrauen soll herrschen zwischen den drei genannten Erziehungsfaktoren, das ist eine Forderung, die erhoben werden muß, steht dringender als je. Wenn dieses Vertrauen aber erst als Forderung gestellt wird, so liegt darin das Zugeständnis, daß es bisher nicht da war, oder wenigstens nicht reiflich vorhanden ist. Damit ist eine Tatsache anerkannt, die zwar bedauerlich, aber doch eben Tatsache ist: wir brauchen darauf nicht näher einzugehen. Festgestellt werden möchte auf dieser Stelle aber das folgende: auch die Geistlichkeit begrüßt in ihrem weltanschaulichen Teil freudig die Ausdehnung der Dreiecksbeziehung durch die Geistlichen, die auf das Standesbewußtsein der Lehrer gemäß manchemal einen das gute Einverständnis fördern und ausbreiten. Und die Kirche denkt auch für die Zukunft keineswegs daran, ein Konfliktrecht über den Religionsunterricht beizubehalten oder anzustreben. Selbstverständlich ist auch bei der Ansicht, die sie schon lange vor dieser Zeit vertreten hat, daß kein Lehrer gegen seinen Willen und kein Kind gegen den Willen der Eltern zum Religionsunterricht gezwungen werden darf.

Es sei auch ausdrücklich betont, was bei der christlichen Religion als der Religion der Nächstenliebe selbstverständlich ist, daß die Kirche der Einheitschule, soweit sie normale Standes- und Rangunterschiede aufhebt und sozialen Ausgleich herbeiführen will, mit vollem Verständnis gegenübersteht und ihre Einführung begrüßt. Nur steht sie der Gefahr darin, daß das Einheitsmoment auch auf den Religionsunterricht angewendet werden soll. Jeder Religionskunde weiß, daß sich die religiösen Wahrheiten und Erlebnisse anders wiederholen im Gemüt eines Israeliten, eines Katholiken, eines Evangelischen. Und es ist ein ganz bekanntes Beispiel, daß naturgemäß ein in katholischen Anschauungen aufgewachsener Lehrer die Reformation durch Luther ganz anders darstellen wird als sein Kollege, der aus evangelischen Kreisen

kommt. Wenn die jetzige Regierung, wie schon gesagt, gerechterweise dem Konflikt zwischen Kirche und Staat ein Ende zu machen sucht, so darf in Zukunft kein Kind christlicher Eltern zu einem etwaigen religionslosen Moralunterricht der Einheitschule gezwungen werden, wenn die Teilnahme daran Gewissensbedenken bei den Eltern auslöst. Das ist eine Forderung, die ganz im Rahmen der Religions- und Gewissensfreiheit, die als hohes Gut der neuen Zeit gepriesen wird, liegt. Darum ist es auch ganz folgerichtig, daß in den meisten Ländern, die die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt haben, neben den staatlichen Einheitschulen auch den Bekanntheit getrennte Privatschulen bestehen und von Kindern aller Stände zahlreich besucht werden. So ist es in Nordamerika, Belgien und Holland.

Wollte aber die Kirche daran liegt, solche die Einheit strebenden Privatschulen zu vermeiden und zur Geschlossenheit anderer Völker beizutragen, haben die in sächsischen Lande wie auch in anderen Teilen Deutschlands bestehenden zwischen Lehrern und Geistlichen stattgefunden und ist auch ein Verbandskongress des sächsischen Lehrerverbands in Dresden in Aussicht genommen.

Nach diesen Vorschlägen würde als Unterbau ein pädagogisch-pedagogischer allgemeiner Religionsunterricht auf Grund der von der Lehrerschaft allgemein anerkannten Zwischenergebnisse anzusetzen sein, der die Vermittlung des im Kinderalter zu wechselläufigen und auch anderes religiöses Gut vermittelt. Als Ergänzung soll dann ein von der Kirche durch die Geistlichen und durch freiwillig sich anbietende Lehrer zu gestellter Religionsunterricht nach dem Bekanntheit der betreffenden Religionsgemeinschaft; letzterer gleichfalls innerhalb der Pflichtstundenzahl der Schulstunde und des gesamten Stundenplans. Auch hierbei ist natürlich die Art geistlicher Schulinspektoren über die sich freiwillig meldenden Lehrer auszuweisen. Das ganze Zusammenwirken ist auf Vertrauen aufgebaut. In Dresden sind diese Grundgedanken im wesentlichen von dem Staatsminister Saasich anerkannt.

Mögen diese rein sachlichen Ausführungen, die auch j. B. auf dem Dresdener Kirchentage vertreten wurden, den Weg des gegenseitigen Verständnisses ebnen helfen — zum besten unserer deutschen Jugend. Pastor Schröder, Schleißh.

### Sächsische Nachrichten

Chemnitz, 1. April. Eine bedeutende Hochpreissteigerung beim Verkauf von 200 Mio. Garn stehen sich der Agent Julius Kump in Chemnitz und der Strumpfabrikant Oskar Wolf in Elberfeld bei Chemnitz zu schulden kommen. Er kaufte das Garn zum Preis von 67 Mark für das Kilo und verkaufte es an Wolf für 72 Mark pro Kilo. Der geleistete Höchstpreis war 4,00 Mark. Wolf wurde zu 25.000 Mark und Wolf zu 20.000 Mark verurteilt. 100 Mio. Garn, die bei Wolf vorgefunden wurden, wurden eingezogen. Der Jügelarbeiter Oskar aus Limbach schloß am 20. Februar d. J. aus einem diebstahligen Besitz zwei Pferde im Werte von 4300 Mark. Oskar wurde zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und zu 6 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

p. Rittmetz, 31. März. Ein großer Kartoffeldiebstahl war in den letzten Tagen in den benachbarten Ringelbach verübt worden. Dort sind aus einer Partie des Rittergutes nach und nach 30 Zentner Saatkartoffeln entwendet worden. In der Nacht zum Sonntag nahm die hiesige Polizei einen Mann fest, der einen Saatkartoffel in Ringelbach gestohlen hatte. Dabei stellte sich heraus, daß außer dem Festgenommenen noch 7 Mann an den Kartoffeldiebstahl beteiligt waren. Darunter befand sich auch ein Offizier der Sicherheitswehr.

d. Plauen i. V., 1. April. Bei der gestrigen Sonntag-Abendmännerversammlung wurde für den 23. Kirchenwahltag als geistlicher Abgeordneter Superintendent Oskar Plauen und als weltlicher Abgeordneter Kantor Selbich-Mühlentz genählt. — Nach 40jähriger Dienstzeit trat heute der Oberlehrer an der hiesigen Staatschule Professor Rich. Vogel in den Ruhestand.

\* Reusdorf, 1. April. Der Verlag der im 83. Jahrgange stehenden Zeitung für das Reich der Hochland und die sächsische Lausitz hat den Druck und Papierhandel in den Provinzen. Mühsam an Kaufmann Otto Rischmann von hier verkauft worden. — Im benachbarten Berthelsdorf beschloß die Landwirte Versammlung der neuen letzten Versammlung eine weitere Viehwirtschaft zu verweigern und der Würde des neuere Juchter der Händler als Schlechtverkauft anzusehen. — Im hiesigen Krankenhaus sind vier Personen an Reusdorf, eine aus Niederortendorf und zwei aus Mühsam wegen Pockenkrankung eingeleitet worden.

a. Wie Ergeb., 1. April. Die hiesigen Schärfer fordern in einer Entschließung von der Regierung ein Gesetz, demzufolge jeder Meister für einen Lehrling beschaffen darf. Von den hiesigen Meistern fordern sie Abbie von wöchentlich 20—25 Mark neben freier Verpflegung und Wohnung.

### Aus den Nachbarstaaten

\* Torgau, 1. April. Auf Bahnhof Mühlbach wurden von der Sicherheitswehr in den letzten Tagen beschlagnahmt: 138 Stück Eier, 100 Kilo, sämtlich bei einem Mann aus Orshaus, ferner 110 Eier und über 1 Pfund Butter, sowie 60 Eier und 25 Pfund Roggenmehl bei zwei weiteren Personen.

\* Erfurt, 1. April. Bei den am Sonntag nachgefolgten Arbeiterratswahlen erzielten die Angestellten 13 Sitze, der Beamtenbund 17, die Mehrheitssozialisten 9, die Unabhängigen 3 Sitze.

\* Reusdorf, 1. April. Großbauer suchte in der Nacht zum Sonntag das Vermächtnis der Jüdel-Papiertabrik E. G. heim. Das große Wohnhaus des Direktors, das Beamtenhaus, sowie der größte Teil der Fabrik selbst wurden vom Feuer vernichtet oder brannten aus.

\* Nordhausen, 1. April. Die Stadtverordneten beschloßen die Aufnahme einer Obligationenanleihe von 9 1/2 Millionen Mark, ferner die Abschaffung des Vertrages mit der Firma Schardt & Co. und die Beteiligung an der Ueberlandstraßenbahn sowie an einer Kraftwerksbau-Gesellschaft m. B. H. der Provinz Sachsen.

\* Gera (Neuh.), 1. April. Die Geraer Wagenbau-Gesellschaft für Wagen und Arbeiter beschäftigt demnach 12000 Arbeiter, ferner 10000 Arbeiter, mit 30 Wohnungen zu ihren schon vorhandenen 34 Wohnungen zu errichten. Für jede Wohnung sind 200 Quadratmeter Gartenland vorzulegen. — Der Gemeinderat lehnte die Verwendung von weiteren Schulen für Wohnwohnungen ab. Es ist darauf wurde die Einführung der Zivildienstverpflichtung verlangt. Ferner wurde die Vergabe von Schloß Osterstein zu Wohnwohnungen gefordert. Ebenso müsse die neue Kaiseranlage dazu verwendet werden.

\* Hof, 1. April. Märchenhafte Preise herrschen noch in dem Orte Schwandorf bei Hof. Ein Kilo kostet dort 16 Pf., ein Pfund Butter 3,00 Mark, ein Pfund Butter 3,10 Mark, ein Pfund geräucherter Schinkenfleisch 1,20 Mark, ein Pfund Elberfelder Kilo 1,10 Mark, ein Pfund weißes Mehl 24 Pf., ein Glas Bier 16 Pf., eine Kanne Kaffee mit Milch und Zucker und zwei Stück Kuchen zusammen 40 Pf., ein Mittagessen, bestehend aus reichlich Fleisch, Gemüse, Kartoffeln und Brot noch billiger, 1,00 Mark.

### Kunstkalender

Am 2. April ist der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II.

Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II.

### Veranstaltungen

Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II.

Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II.

Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II. Der 100. Geburtstag des sächsischen Königs Friedrich August II.

# Handels-Zeitung

## Kreditauskünfte von Depositenkassen der Großbanken

In einer kürzlich ergangenen Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat das Reichsgericht die Frage, ob die Großbanken für die von den Vorstehern ihrer Depositenkassen selbständig erteilten Kreditauskünfte zu haften haben, bejaht, indem es die Depositenkassen als satzungsmäßig bestellte besondere Vertreter im Sinne des §§ 80, 81 BGB. ansieht. Für diese Handlungen innerhalb des ihnen zugewiesenen Geschäftsbereichs ist die Bank ohne weiteres einzustehen hat, indem es ferner annimmt, daß dieser Geschäftsbereich auch die Erteilung von Kreditauskünften umfaßt. Es handelte sich bei dem interessanten Streitfall um folgendes:

Die Firma H., eine Weinhandlung in Traben-Trarbach, fragte im April 1913 bei der Charlottenburger Depositenkasse einer Berliner Großbank nach der Kreditwürdigkeit der Berliner Weinhandlung S. an, die von der Firma H. Weine auf Kredit geliefert haben wollte und dieser die fragliche Depositenkasse, ihre Bankverbindung, als Referenz angeben wollte. Die beiden Vorsteher der Depositenkasse erteilten darauf eine Auskunft, in der sie die Lage der angefragten Firma als sehr günstig darstellten. Die Auskunft war aber, wie feststeht, wissentlich und absichtlich falsch und irreführend. Die Firma H. nimmt nun mit der vorliegenden Klage die Großbank auf Ersatz des ihr dadurch entstandenen Schadens von rund 18.000 M. in Anspruch, daß sie auf Grund der unrichtigen Auskunft der später in Konkurs verfallenen Firma S. Weine auf Kredit geliefert habe.

Während das Landgericht I zu Berlin die Klage abwies, hat das Kammergericht dem Grunde nach die Beklagte zum Schadensersatz verurteilt. Das

### Reichsgericht

hat die Verurteilung bestätigt. In seinen Entscheidungsgründen führt der höchste Gerichtshof an: Wenn die Beklagte Bank in ihrer Satzung die Erteilung von Depositenkassen vorstellt, so erklärt sie diese Kassen hierdurch für satzungsmäßige Einrichtungen. Die Vorsteher der Depositenkassen der Beklagten sind auch als neben dem Vorstände bestellte besondere Vertreter für gewisse Geschäfte anzusehen, für die einen gewissen Geschäftskreis eine selbständige Stellung haben. Zutreffend führt das Kammergericht zunächst allgemein aus, daß die Depositenkassen die Geschäfte des Bankiers mit dem Publikum besorgen, daß sie Rat bei geschäftlichen Dispositionen erteilen und Kredit gewähren, wobei sie in der Regel eine umfassende Vertretungsmacht besitzen. Die Vorsteher der Depositenkassen der Beklagten im besonderen haben, wie festgestellt ist, namentlich Aufträge zur An- und Verkauf von Wertpapieren entgegenzunehmen, sie haben selbständig die Sicherstellung bei Abschluß von Börsentermingeschäften zu prüfen und zu bestimmen und sind nur dann an die vorherige Genehmigung der Zentrale gebunden, wenn Ausnahmen von der allgemeinen Regel gemacht werden sollen; sie dürfen innerhalb bestimmter Beleihungsgrenzen Vorschüsse auf Wertpapiere und in gewissem Umfang Wechseldiskontierungen vornehmen. Daß ihnen sonst eine Vertretungsbefugnis im Sinne des § 80 BGB. zusteht, kann nicht zweifelhaft sein. Für die Folgen einer von einem solchen Vertreter vorgenommenen unerlaubten Handlung haftet die juristische Person aber nur dann, wenn die Handlung in Ausführung der dem Vertreter zustehenden Verrichtungen stattgefunden hat (§ 31 BGB.). Für den Umfang dieser Verrichtungen gilt die Regel, daß sich die Vertretungsmacht eines solchen Vertreters im Zweifel auf alle Rechtsgeschäfte erstreckt, die der ihm zugewiesene Geschäftskreis gewöhnlich mit sich bringt. Das Kammergericht hat nun die Frage, ob die Erteilung von Auskünften zu den handelsüblichen Verrichtungen einer Bank überhaupt oder doch zu denen der Beklagten gehört habe, bejaht. Von den Depositenkassen sagt es, daß das Publikum mit ihnen in erster Linie in Geschäftsverbindung trete, und daß ihre vertretungsberechtigten Organe als die eigentlichen Ratgeber der Geschäftskreise anzusehen seien. Die hier fragliche Depositenkasse im besonderen hat, wie festgestellt, in nicht unerheblichem Umfang Auskünfte erteilt. War aber somit die Sachlage die, daß die Beklagte Bank als solche Auskünfte in geschäftlichen Angelegenheiten erteilt, daß sie weiter für den geschäftlichen Verkehr mit dem Publikum besondere Einrichtungen, die Depositenkassen, geschaffen und sie zur Erfüllung dieser Aufgabe mit umfangreicher Vertretungsbefugnis ausgestattet hat, so sind die Depositenkassen vorsteher der Beklagten nach außen hin auch in bezug auf die Erteilung einer Auskunft als zur Vertretung der Beklagten berechtigt anzusehen. Wenn, wie behauptet, die Beklagte den Depositenkassen vorstehern verboten hat, direkt Auskünfte an Dritte zu erteilen, so hat das nur Bedeutung für ihr Innenverhältnis zu der Zentrale der Beklagten, denn eine Verletzung dieses Verbots, etwa durch öffentliche Bekanntmachung, ist dem Publikum gegenüber nicht erfolgt. — Hornach ist die Haftung der Beklagten für die der Klägerin erteilte unrichtige Auskunft grundsätzlich gerechtfertigt (Aktenzeichen: VI. 847/18.)

Die Dresdner Börse verfiel am Dienstag auf fast allen Marktgebieten sehr ruhig. Von Dividendenparcoursen kamen Dresdener Schnellpressen, Mimosen (bei denen der Ausgang des Dividendenlaufes zu berücksichtigen ist), Unger & Hofmann, Ruschewitz zu wenig veränderten Kursen, dagegen Vereinigte Strohhalm, Rauenstein Porzellan, Chemische Heilfabrik und Sächsische Turbinen über letzter Notiz in Handel. — Der Anlagemarkt war ruhig.

Bankfeiertag in Dresden. Gleich den Berliner Banken und Bankiers haben, einer Drahtmeldung unseres h-Mitarbeiters zufolge, auch die Banken und Bankiers in Dresden beschlossen, am Oster-sonntag, 19. April, ihre Geschäfte und Depositenkassen geschlossen zu halten.

Lübauer Bank in L.ö.b.a. Die Bank verteilt aus 847.041 (l. v. 826.910) M. Reingewinn eine Dividende von bekanntlich 5 (5 1/2) Proz. Die Unkosten betragen im vergangenen Jahr 406.963 (400.744) M., die Abschreibungen auf Wertpapiere 204.171 (201) M.

Vereinsbank in Hamburg. Als erstes der Hamburger Großbankinstitute veröffentlicht die Vereinsbank in Hamburg ihren Geschäftsbericht für 1918. Nach ihm betrug der Gewinn 8.228.650 (l. v. 8.842.201) M., hiervon entfallen auf Zinsen und Wechsel 5.822.084 (4.708.905) M., auf Provisionen, Wertpapiere, Kompartialabteilungen usw. 2.366.617 (3.033.297) M. Nach Verrechnung der Handlungskosten von 2.637.288 (1.948.264) M., der Steuern von 888.802 (802.021) M., vorzutragender Zinsen und Unkosten von 1.029.760 (1.188.046) M. sowie nach Abschreibungen und Rückstellungen von 475.181 (523.883) M., darunter allein 327.000 M. Rückstellungen für Talonsteuer, verbleibt einschließlich des Vortrages von 305.086 (356.520) M. ein Reingewinn von 3.845.750 (4.257.506) M. Hiervon soll bekanntlich eine Dividende von 9 (10) Proz. verteilt werden.

In der Bilanz ersehen wir u. a. Kasse, Sorten usw. mit 16.07 (17,89), Wechsel und unverfallliche Schatzanweisungen mit 192.50 (76,88), Guthaben bei Banken und Bankiers mit 56,81 (58,10), Vorschüsse gegen börsenmäßige Wertpapiere mit 82,89 (29,99), Vorschüsse auf Waren mit 1,12 (1,33), Eigene Wertpapiere mit 18,86 (19,52), Konsortialbeteiligungen mit 1,96 (2,73), Schuldner in laufender Rechnung mit 58,81 (58,51) Mill. Mark. Auf der Passivseite figurieren die Kreditoren mit 268,15 (213,78), Akzente und Schecks mit 10,82 (12,99) Mill. Mark.

Mitteldeutsche Privatbank. Durch Bilanzierung im Anzeigenteil wird die Generalversammlung auf den 25. April einberufen.

Badische Bank in Mannheim. Im Jahre 1918 erzielte die Bank 3,51 (2,93) Mill. M. Reingewinn. Allgemeine Unkosten erforderten 107.137 (58.123), Gehälter 298.154 (212.739), Abschreibungen 40.000 (20.000) M. Aus dem Reingewinn von 1.080.941 (1.475.438) M. fielen auf den Staatsanteil 77.682 (137.687) M., während an die Aktionäre 7 (7 1/2) Proz. Dividende, wie bereits gemeldet, verteilt werden und 47.069 (50.072) M. neu vorzutragen werden sollen. Der Notenumlauf betrug durchschnittlich 26,84 (24,23) Mill. M. Da das der Bank zustehende Recht, das Drittel des einbezahlten Aktienkapitals an Banknoten auszugeben, den gesteigerten Bedürfnissen des Verkehrs an Zahlungsmitteln in keiner Weise mehr genügt, wurde des-

halb am 26. Oktober 1918 durch die badische Regierung die Bank vorübergehend ermächtigt, Banknoten bis zum sechsfachen Betrage des einbezahlten Aktienkapitals auszugeben. Der Notenumlauf am Schluß des Berichtsjahres von 28,50 (25,93) Mill. M. war durch Metall und Noten mit 19,00 (16,02) Mill. M. gedeckt. In der Bilanz stiegen die Kreditoren erheblich: auf 96,25 (33,90), Wechsel auf 20,07 (18,52), Effekten auf 4,29 (3,07), während Debitoren auf 15,99 (36,12) Mill. M. sich verminderten.

Die Notensteigerung in Oesterreich. In der gestrigen Sitzung des Zentralauschusses der Oesterreichisch-Ungarischen Bank teilte die Geschäftsleitung u. a. mit: Die Notensteigerung kann noch nicht als abgeschlossen gelten. Bis zum 24. März waren 3,8 Milliarden Kronen abgestempelt und wahrscheinlich werden bis zur vollständigen Beendigung der Stempelung über 5 bis 5 1/2 Milliarden Kronennoten präsentiert sein. Durch den Umsturz in Ungarn und durch die Verfügungen der ungarischen Regierung sind notleidende Effekte entstanden, die seitens der Oesterreichisch-Ungarischen Bank nicht mehr befristet werden. Nach Informationen der Bankleitung werden voraussichtlich auch die Besitzer ungarischer Papiere im Auslande den Aprilcoupon kaum zur Einlösung bringen können. Vom Lombardbestand der Oesterreichisch-Ungarischen Bank entfielen bei einem Gesamtombardbestand von 9 Milliarden Kronen etwa 3 Milliarden auf ungarische Staatspapiere. Die Oesterreichisch-Ungarische Bank hat gegen das Vorgehen der ungarischen Regierung protestiert.

Vom Stahlwerkverband. In der nächsten Mitgliederversammlung werden Anträge auf Erhöhung der Verkaufspreise für A-Produkte um 150 M. für die Tonne gestellt werden.

Oesterreichische Alpine Montangesellschaft. Nach dem Bericht für 1918 stieg der Betriebsgewinn auf 40,57 (33,47) Mill. Kronen. Die Generalauskosten betrugen 5,96 (2,29), die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke 14,00 (7,24), die Abschreibungen 5,41 (5,30) Mill. Kronen. Als Reingewinn verblieben 7,96 (8,50) Mill. Kronen, aus dem bei höherem Vortrag als im Vorjahr, wie bekannt, 10 (15) Proz. Dividende verteilt werden sollen. In der Bilanz sind aufgeführte Vorräte mit 43,06 (21,82), Effekten mit 8,04 (11,82), Debitoren mit 23,50 (25,82) und Kreditoren mit 66,35 (44,28) Mill. Kronen. Das Aktienkapital soll bekanntlich von 72 auf 80 Mill. Kronen erhöht werden.

Amerikanischer Stahltrust. Nach dem Jahresausweis des Stahltrusts betragen in 1918 die Gesamteinnahmen 208.281.000 (204.191.000) Doll. und die Reineinnahmen 158.942.000 (244.739.000) Doll. Das Surplus stellt sich auf 23.975.000 (107.508.000) Doll., das gesamte unverteilte Surplus beträgt 42.888.000 Doll. Auf die Vorgesagten wurden wie bisher 25.200.000 Doll., auf die Stammaktien 71.105.000 (91.494.000) Doll. verteilt.

Greipster Werke. Im Anzeigenteil veröffentlicht die Gesellschaft die Bilanz zu ihrer diesjährigen Versammlung am 25. April 1919.

„Eintracht“, Braunkohlenwerke und Bräunfabriken in Neudorf. Interessenten suchen im Anzeigenteil die Bilanz und den Gewinn- und Verlustrechnung der Unternehmung für 1918.

Erhöhung der Rohzinkpreise. Die Zinkbüttenvereinigung hat beschlossen, vom 1. April ab den Preis für Rohzink um 25 M. für 100 kg heraufzusetzen; der bisherige Rohzinkpreis betrug 130 M.

Die Kalk-Gewerkschaft Neu-Staßfurt sieht im abgelaufenen Monat von der Zahlung einer Ausbeute ab. Einem Beschluß über Ausbeutezahlung soll nicht früher nähergetreten werden, bis die Abrechnungen für das ganze Jahr 1918 und für das erste Viertel 1918 Ende Mai d. J. vorliegen.

Vereinigte Flanzenfabriken und Stanzwerke in Regis, B. ex. Leipzig. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 9 (30) Proz. vorzuschlagen.

Die Deutsche Maschinenfabrik, Akt.-Ges., in Duisburg kündigt den noch unverkauften Rest der 4 1/2 Proz. Teilschuldverschreibungen der früheren Duisburger Maschinenbau-Akt.-Ges. zum 1. Oktober d. J.

Die Werkzeugmaschinen-Akt.-Ges., in Köln. In der Generalversammlung wurde der Abschluß für 1917/18 beschlossen. Der Verlust, der sich auf 1.157 M. auf 629.000 M. erhöhte, wird auf neue Rechnung vorgetragen. Über die Ausbeute teilte die Verwaltung auf Antrag mit, daß das Bestehen des Vorjahres dahin gehen werde, weiter Vorkasse nach Möglichkeit zu verwenden. Wenn einvernehmlich mit einem weiteren Verlust nicht verfahren werden könnte, so sei auch anderweitig eine gewisse Beteiligung der Tätigkeit für die Gesellschaft in Zukunft nicht zu erhoffen. Die Aktionäre könnten dort, wo sie sich nicht beteiligen können, bei einer Verwertung des Grundvermögens durch einen Satz von 50-60 M. bei mit einem gewissen Risiko zu rechnen, da hypothetische Forderungen zu rückzuzahlen seien.

Paradebüttenfabrik M. Steiner & Sohn, Akt.-Ges., in Frankenberg i. Sa. Einer Drahtmeldung unseres h-Mitarbeiters zufolge hat der Aufsichtsrat beschlossen, für das letzte Betriebsjahr die Verteilung einer Dividende von 24 (l. v. 16) Prozent in Vorschlag zu bringen.

Chemische Werke Lubrynski & Co., Akt.-Ges., in Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 15 Proz. fest und genehmigte die Gewährung eines Bonus von 100 M. in Kriegsanleihe. Der Vorsitzende bemerkte, daß es bei den jetzigen Verhältnissen am besten sei, sich jeder Vorhersage zu enthalten. Der Umsatz habe sich im neuen Jahr gegenüber dem Vorjahre erhöht. Es mangle jedoch an Rohmaterialien.

F. Wolf, Akt.-Ges., in Werl i. Westl. Nach dem Bericht für 1918 beträgt der Rohgewinn 1.460.868 M. Nach Abzug von 462.496 M. Geschäftskosten und von 459.816 (247.940) M. Abschreibungen ergibt sich schließlich 10.282 (58.838) M. Gewinnvortrag ein Reingewinn von 548.848 (697.019) M., aus dem bekanntlich 18 (24) Proz. Dividende verteilt werden sollen. Der Betrieb in der Hebesfabrik konnte, wenn auch oft nur unter großen Schwierigkeiten, durchweg aufrechterhalten werden. Einen Anstoß erteilt die Gesellschaft insoweit, als ein unter erheblichen Kosten erst während des Krieges errichteter Nebenbetrieb im Laufe des Geschäftsjahres wieder stillgelegt werden mußte. Das Hebesyndikat, an dem die Gesellschaft beteiligt ist, geht am 30. September d. J. zu Ende. Die Haftung auf Erneuerung ist gering. Nach der Bilanz betragen Effekten 1,76 (1,88), Debitoren 0,13 (0,30), Bankguthaben usw. 2,05 (0,94), Waren 0,30 (0,07) und Kreditoren 1,84 (1,57) Mill. Mark.

Hamburg-Amerika-Linie. Das Unternehmen hat zum 30. Juni Kündigungen in großem Umfang vorgenommen. Zur Entlassung kommen hauptsächlich alle während des Krieges eingestellten Personen, aber auch eine große Zahl älterer Beamten.

Fransösischer Einspruch gegen die Einlösung des Aprilcoupons der Südbahn-Obligationen. Vor der Beschlussfassung über die Einlösung des Aprilcoupons der Spro. Obligationen Serie X ist der Direktion der Oesterreichischen Südbahn-Gesellschaft ein Schreiben des Office National, der Vertretung der französischen Obligationäre, zugegangen. In dem zum ersten Male während des Krieges und des Waffenstillstandes gegen die Einlösung des Coupons zugunsten der neutralen Besitzer und der den Zentralmächten angehörenden Besitzer Einspruch erhoben wird. Angesichts der schwierigen finanziellen Lage hat der Verwaltungsrat die Beschlussfassung über die Einlösung des Coupons aufgeschoben.

Oesterreichische Südbahn. Das „Neue Wiener Tagblatt“ führt zum Protest der im Office National zusammengeschlossenen Besitzer von Südbahnobligationen gegen den Vorschlag bei der Einlösung der Coupons aus, daß die Südbahn bekanntlich in dieser Beziehung nach dem noch in Kraft befindlichen Verbot von Zahlungen an das feindliche Ausland vorgegangen sei, aber alljährlich entsprechende, in den Jahresbilanzen ausgesprochene Rückstellungen für die Verzinsung und Tilgung des im feindlichen Ausland befindlichen Obligationenbesitzes vorgenommen hat. Die Zinsen und Verlosungsrückstände seien nach Relationsparität eingestellt. Die Verwaltung werde nach dem Eintreffen einer aufklärenden Mitteilung seitens des Office National neuerdings die schwebende Frage erörtern. Die Einlösung des Aprilcoupons bleibe einstweilen unterbrochen.

Raab-Odenburg-Ebenfurter Eisenbahn-Gesellschaft. Der Aprilcoupon der Obligationen des Unternehmens wird notleidend bleiben.

Berlin-Gabener Hutfabrik, Akt.-Ges., in Berlin. Das Unternehmen, dessen Dividende bekanntlich mit 18 (l. v. 16) Proz. be- antragt ist, erzielte nach Abschreibungen von 356.008 (106.476) M. einen Überschuß von 668.944 (786.753) M. Die Verwaltung teilt mit, daß bei Schluß des Geschäftsjahres durch den Waffenstillstand ermöglicht wurde, die Wollhutfabrikation wieder aufzunehmen. Die Arbeiten haben einen befriedigenden Fortgang genommen und die Hutfabrikation habe trotz teilweisen Materialmangels mit Erfolg gearbeitet.

Uhrenfabrik Akt.-Ges., vorm. Köhler & Krumm, Leisnig. Der Reingewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres betrug 200.000 (l. v. 100.000) M. Bei 200.000 (100.000) M. Unkosten, so wird eine Dividende von 20 (l. v. 20) Proz. beantragt. Die Bilanz stellt als Bestandposten von 200.000 (100.000) M. Aktiva, nach dem Bericht hat die Gesellschaft bereits beantragte Aufträge in ihrem Friedensartikel.

Glas- und Spiegelglas-Manufaktur, Akt.-Ges., in Gelsenkirchen-Schalke. Im Jahre 1918 wurde ein Betriebs- überschuß von 2,07 (l. v. 1,82) Mill. Mark erzielt. Die Abschreibungen erforderten 587.800 (574.800) M., Unkosten 654.734 (605.441) M. Aus dem Reingewinn von 1.443.374 (992.892) Mark sollen bekanntlich 15 (12) Proz. Dividende verteilt und 767.650 (445.220) M. neu vorgetragen werden. Der still- liegende Spiegel-Rohglasbetrieb wurde wieder aufgenommen, mußte aber bei Ausbruch der Revolution von neuem stillgelegt werden. Die Bilanz führt auf: Vorräte mit 2451 (113.858), Effekten mit 2.215.840 (1.009.700), Debitoren mit 267.240 (439.622), Bankguthaben mit 2.154.918 (856.208) und Kreditoren mit 159.554 (275.947) M. Seit Anfang Februar 1919 macht sich ein Abflauen des Geschäftes bemerkbar.

Portland-Zementfabrik Halle a. S. Die per 31. Dezember 1918 gezeichnete Bilanz wird dem Gewinn- und Verlustrechnung im Anzeigenteil veröffentlicht.

Porzellanfabrik Charlottenbrunn vorm. Joseph Schachtel, Akt.-Ges., in Sophienau bei Charlottenbrunn. Der Betrieb konnte trotz ungeheurer Schwierigkeiten aufrechterhalten werden. Zu dem Fabrikationsgewinn von 757.187 (l. v. 884.207) M. traten noch Zinsen mit 10.000 (10.549) M. und der Vortrag. Betriebs- und Handlungskosten stiegen auf 445.811 (200.941) M. Die Abschreibungen wurden auf 105.799 (78.298) M. erhöht. Aus dem Reingewinn von 231.420 (101.551) M. soll eine Dividende von wieder 9 Proz. auf den erhöhten Aktienkapital gewährt werden; für Kriegsteuer sind 60.000 (0) M. zurückzustellen. In der Bilanz erscheinen u. a. noch nicht eingezahltes Aktienkapital mit 150.000 M., Bar und Effekten mit 562.591 (317.206) M., Bankguthaben und Außenstände mit 528.006 (284.737) M., Waren und Materialien mit 128.719 (108.524) M. und Kreditoren mit 172.374 (119.927) M.

Wittenberger Walzen-Mühle, Akt.-Ges., in Witten a. d. R. 5 (l. v. 6) Proz.

Erfurter Elektrische Straßenbahn, Akt.-Ges., in Erfurt 8 (l. v. 10) Proz.

Emder Readerel, Akt.-Ges., in Emden und Hamburg 6 (l. v. 26) Proz.

Oldenburgische Glashütte, Akt.-Ges., in Oldenburg 12 (l. v. 14) Prozent.

Heidelberger Straßen- und Bergbahn-Akt.-Ges., in Heidelberg wieder 4 Prozent.

### Vom Holzmarkt

Die Holzlage ist, soweit es sich um Hölzer handelt, die mit dem Wasser abtransportiert werden können, sehr fest. Die Preise sind in letzter Zeit gestiegen und es gelang sogar, größere Mengen von polnischer Kiefer, die auf Werken in Odenberg, Liepa, Schults und Bromberg eingeschiffen waren, nach Düsseldorf, Dortmund, Krefeld und anderen Plätzen im Westen abzusetzen. Bezahlt wurde unsortierte Ware mit 225 M. je Kubikmeter Blockmaß (Magdeburger Art 170 bis 180 M.) ab Versandorten. Auch nach anderen Seiten, die in der Möbelfabrikation Verwendung finden, herrscht große Nachfrage. Sächsische Zwischenhändler kauften erhebliche Posten gefällter Kiefer, namentlich in Stärken von 40 mm aufwärts, die von den großen Fabrikunternehmungen, die bisher auf die Kriegswirtschaft eingestellt waren, zur Herstellung von Fenstern und Türen gebraucht werden.

Verschiedene Betriebe in Ostdeutschland stellen nunmehr auch Bautischlereiarbeiten her und beteiligen sich an den Ausschreibungen kommunaler und staatlicher Behörden. Häufig wird hierbei von den älteren Beutischlereibetrieben darüber Klage geführt, daß die Preise gedrückt sind und daß man versuche, Geschäfte zu jedem Preis zum Abschluß zu bringen. Für die weitere gedeihliche Entwicklung des Bauholzgeschäftes ist diese Tatsache wenig erfreulich. Viel gesprochen wird jetzt über die Bereitwilligkeit oder den Wunsch der Entente, im Wege von Verhandlungen Holz in Deutschland zu erwerben. Freilich ist eine Einigung in Rotterdam bisher nicht erfolgt. Den Engländern und Franzosen geht es in der Hauptsache um Schwellen, weniger um Schnittholz. Doch würden, wenn Deutschland Schwellen liefert, die Engländer und Franzosen auch Bohlen nach schwedischer Art eingeschiffen nehmen, vielleicht auch etwas Bretter. Die Lieferungen dieser Schnitthölzer sollen bei Rheinhalten erfolgen. Es bleibt abzuwarten, zu welchen Zielen die in Berlin nunmehr fortgesetzten Verhandlungen führen werden.

Am Buchenmarkt hat sich eine kleine Besserung ergeben, die darauf zurückzuführen ist, daß verschiedene Industrien die Verarbeitung von Buchenholz inzwischen aufgenommen haben. Sehr fest ist die Lage des Eichenmarktes, an dem die Vorräte gering sind.

### Merktafel für Kapitalisten

Vom 7. bis 12. April.

7. April.	Deutsche Hypothekbank in Meiningen.	Ord. 2 1/2 Uhr in Meiningen.
	Porzellanfabrik Waldsassen Hartig & Co.	Ord. 9 Uhr in Waldsassen.
	Moritz Fischer Neudorfer	Ord. 3 Uhr in Leipzig.
8. April.	Mitteldeutsche Kreditbank in Leipzig.	Ord. 11 Uhr in Dresden.
	Elberfelder Bankverein	Ord. 4 Uhr in Elberfeld.
	Leipziger Immobilien-Gesellschaft	Ord. 4 1/2 Uhr in Leipzig.
9. April.	Österreichische Südbahn-Gesellschaft	Ord. 11 Uhr in Meiningen.
	Vereinigte Papierfabriken	Ord. 11 Uhr in Berlin.
	Oldenburgische Glashütte	Ord. 11 Uhr in Oldenburg.
	Heidelberger Straßen- und Bergbahn	Ord. 11 Uhr in Heidelberg.
	Wittenberger Walzen-Mühle	Ord. 11 Uhr in Witten.
	Algemeine Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft	Ord. 11 Uhr in Berlin.
	Deutsche Grundbesitzbank	Ord. 10 Uhr in Halle.
	Schiffbau	Ord. 10 Uhr in Meiningen.
10. April.	Dresdener Nähmaschinenfabrik	Ord. 11 Uhr in Dresden.
	Versicherungs-Akt.-Ges. in Frankfurt a. M.	Ord. 11 1/2 Uhr in Frankfurt a. M.
	Akt.-Ges. Harmer Bank-Verein Homburg	Ord. 2 1/2 Uhr in Homburg.
	Porzellanfabrik Kahl	Ord. 10 Uhr in Kahl.
	Bank Akt.-Ges. Ord. 4 Uhr in Elberfeld.	Ord. 4 Uhr in Elberfeld.
	Fischer'sche Braunkohlen-Akt.-Ges.	Ord. 4 Uhr in Köln.
	Kalkwerk Salsbrunn	Ord. 10 Uhr in Hannover.
	Lübauer Bank	Ord. 3 Uhr in Lübau.
	Strasser Glashütte	Ord. 11 Uhr in Berlin.
	C. & Magirus in Ulm	Ord. 3 Uhr in Ulm.
	Städtische Glashütte	Ord. 4 1/2 Uhr in Kasselberg.
	Kammgarnspinnerei in Leipzig	Ord. 10 Uhr in Leipzig.
11. April.	Sächsische Dampf-Compagnie	Ord. 11 Uhr in Dresden.
	Wirttembergische Hypothekbank	Ord. 11 Uhr in Stuttgart.
	Magyar Wellen- und Walzen	Ord. 11 1/2 Uhr in Berlin.
	Sächsische Handelsbank	Ord. 4 Uhr in Dresden.
	Glas- und Spiegelglas-Manufaktur in Gelsenkirchen-Schalke	Ord. 4 Uhr in Köln.
12. April.	Ordn. Toomagen, Düsseldorf	Ord. 11 Uhr in Düsseldorf.
	Sächsische Hypothekbank in Meiningen	Ord. 11 1/2 Uhr in Meiningen.
	Hannoverscher Papierfabrik	Ord. 11 Uhr in Hannover.
	Harburger Eisen- und Stahlfabrik	Ord. 11 Uhr in Hamburg.
	König Neuseener Bergwerkverwalt.	Ord. 4 1/2 Uhr in Essen.
	Akt.-Ges. für Bannschiffungen	Ord. 10 1/2 Uhr in Berlin.
	Terran Akt.-Ges. Gröbenheim	Ord. 11 Uhr in Gröbenheim.
	Borsigwalder Turbinen-Akt.-Ges.	Ord. 11 Uhr in Berlin.
	Herrschfelder Maschinenfabrik	Ord. 11 Uhr in Herrschdorf.
	Bayrische Cellulosefabrik von Oberwart	Ord. 3 Uhr in Berlin.
	Thüringische Metallwerke in Oberpfalz bei Weizsäcker	Ord. 11 1/2 Uhr in Passau.
	Bayrische Hypothekbank in München	Ord. 10 Uhr in München.
	Norddeutsche Bank in Hamburg	Ord. 3 Uhr in Hamburg.

Von der gestrigen Berliner Produktionsbörse wird gemeldet, die Nachfrage nach Raufutter wird immer dringender, die Befriedigung der Tierhalter durch die Kommunen ganz unzureichend ist. Namentlich auf Heu richtet sich der Bedarf, aber auch Stroh ist dringend gesucht. Als Ersatz im Erlaube, Heu und Stroh, das aber auch nicht in den gewünschten Mengen zur Verfügung steht. Im Verkehr mit Raufutter ist die Nachfrage noch nicht so dringender, aber auch das Angebot nicht größer geworden. Besonders tritt dies bei Körnererzeugnissen, sowie Heubrühen sehr stark zu. Serradella dagegen bleibt schwach im Rückgangsbereich.

# Leipziger Bankverein

An- und Verkauf von Wertpapieren, Beteiligung, Vermietung von Schließfächern in unserer feuer- u. einbruchssicheren Stahlkammer. Geschäftszelt: 8-11 und 3-5 Uhr; Sonntags 9-3 Uhr.

a. G. m. b. H. Burgstraße 26.







Recht und Gericht

Schwurgericht

Unter der Anklage des Vergiftungsversuchs hatte sich das 21-jährige Hausmädchen Anna Rosa Langsch aus Döbitz vor dem Schwurgericht zu verantworten...

Eingekandt

Es wäre mir erwünscht zu erfahren, ob der Arbeiter- und Soldatenrat berechtigt ist, bei Bedrohungen der Lebensmittellieferanten nach Lebensmitteln zu suchen...

Chlorodont

die bevorzugte Zahnpaste wirkt wunderbar erfrischend, macht blendend weiß.

und Kuchen verpflegt. In der Stadt — wenigstens in Leipzig — ist die Hausführung wohl geübt, auf dem „Lagerboden“ Lande wohl verhalten?

Sport und Spiel

Pferdesport: In der Delegiertenversammlung der deutschen Rennvereine, die am Dienstag im Unionklub zu Berlin stattfand, wurde ein vom Verein deutscher Voltigier- und Reitanfänger eingebrachter Protest gegen die Beratung und Abstimmung zurückgewiesen...

für Leipzig folgende Renntage festgesetzt: 18. und 19. Mai, 10. und 11. Juni, 20. und 21. September, 3. und 19. Oktober.

Der Berliner Tennisclub (Herrenklub) hielt am Montag unter Vorsitz von Oberhauptmann A. Schuler eine Generalversammlung ab...

Die Damen des Tennisclub (Herrenklub) werden in Zukunft die Plätze des Tennisclub innehaben...

Die Leipziger Tischtennis-Spieler am Sonntag mit 10 Mannschaften und erzielte folgende Ergebnisse: 1. Mannschaft gegen 2. 3:1, 3. Mannschaft gegen 4. 3:0, 6. Mannschaft gegen 7. 3:1, 10. Mannschaft gegen 11. 3:0...

Die Leipziger Tischtennis-Spieler am Sonntag mit 10 Mannschaften und erzielte folgende Ergebnisse: 1. Mannschaft gegen 2. 3:1, 3. Mannschaft gegen 4. 3:0, 6. Mannschaft gegen 7. 3:1, 10. Mannschaft gegen 11. 3:0...

Die Leipziger Tischtennis-Spieler am Sonntag mit 10 Mannschaften und erzielte folgende Ergebnisse: 1. Mannschaft gegen 2. 3:1, 3. Mannschaft gegen 4. 3:0, 6. Mannschaft gegen 7. 3:1, 10. Mannschaft gegen 11. 3:0...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Verordnungen: Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Verordnungen erlassen...

Unterricht

Vorbereitungsanstalt für alle Schulprüfungen — auch für Damen — Reifeprüfung, Maturitätsprüfung...

Kaufmännische Unternehmerrschule für Damen und Herren, die sich für den kaufmännischen Beruf vorbereiten wollen...

Kühnische Handelsschule Klostergasse 5, gegründet 1867. I. Allgemeine Lehrlingshandelschule...

Einjährigenprüfung: Wiederholung an der Handelsschule, Prof. Glaesersche Handelsschule...

Kühnische Handelsschule Klostergasse 5, gegründet 1867. In Vorbereitung für Oberen Tageskurs als Handelsvorschule...

Barufwahl für Mädchen: Die gegenwärtig so unklaren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse machen eine zweckmäßige Entscheidung der Berufswahlfrage fast unmöglich...

Hochschule für Kulturtechnik die erste der Welt. Kanzlei Burgstraße 26, III. Vortrag: Viele neue Berufe für Tausende von Damen und Herren...

Barrett reinigend, wachend und pflegendes Haarwasser. Parfümerie-Handlung „Parade“...

I.B.A. Der Ausstellungsbereich der Internationalen Bauausstellung ist eröffnet. Die Garantie-Vollgarantie werden erbracht...

DKW VORBILDLICHE WOHNUNGSEINRICHTUNGEN DER DEUTSCHEN KUNSTWERKSTÄTTEN LEIPZIG...

Kontor-Möbel aller Art. Staunend billig! Prompte Lieferung! Modernste Ausführung! Schreibmaschinen-Versandhaus Grünwald & Co., Leipzig...

Natur-Spezialbehandlung für Beinkranke. System Dr. Strahl. Vortr. Margarete Rotchart, Zeiser Straße 7, II. Sprechstunden 9-12 u. 2-6.

Antiquitäten Große Versteigerung. Im Auftrag des Hausmarktsamtes versteigere ich Montag, den 7. April, vorm. 10 Uhr...

Pioniere! Wollt ihr offen durchleben, wenn es gilt das höchste Vaterland zu schützen? Die Pioniere sind für alle Dienstgrade noch viele Stellen offen...

Verzinkung und Verzinnung von Messingarbeiten. Ing. M. Lipman, Leipzig-Gohlis.

Bricketts nicht, aber Feuerholz. Lichte, Buche, Kiefer in Scheiten à Ztr. ab Lager m. 7,- geschlitten à Ztr. 20,-, frei Haus à Ztr. 12,- mehr...

Keine Wanze mehr! nur mit Kammerjäger Berg's Noodal I und II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung...

Versteigerung: 4 gebrauchte Hobelbänke, verschiedene Posten Weimuhls, ganze Posten Bretter von Weibuche, Klobbuche, Erle...

Versteigerung: 4 gebrauchte Hobelbänke, verschiedene Posten Weimuhls, ganze Posten Bretter von Weibuche, Klobbuche, Erle...

Vertical text on the right edge of the page, likely from an adjacent page or a narrow advertisement.

# Eintracht

## Braunkohlenwerke u. Briquetfabriken

### Reu-Weisow R.P.

#### Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.		Passiva.	
1. Grundstücke	180 504	Vertriebskapital-Rente	1 200 000
2. Kohlenfelder und Abbaurechte sowie Anlagungen hierauf	11 454 517	Referenz-Rente	7 401 90
3. Eruben-Anlagen, Gebäude	4 484	Disposition- und Vertriebs-Rente	88 300
4. Eruben-Anlagen, Maschinen	1 100 280	Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds-Rente	18 000
5. Aus- u. Vorrichtungen der Eruben	448 322	Dividenden-Rente	2 940
6. Briquetfabrik-Anlagen, Gebäude	1 843 928	Rente-Korrent-Rente	62 805 98
7. Briquetfabrik-Anlagen, Maschinen	2 164 570	Winn-Rente	30 914 10
8. Eisenbahn-Anlagen	537 256	Winn-Rente aus 1918	88 307 97
9. Kellerräume	267 483	ab Abschreibungen 1918	10 901 00
10. Erbschaften	1		72 430 98
11. Elektrische Anlagen	968 170		
12. Maschinen	227 479		
13. Wohngebäude	1 097 979		
14. Mobilien	4 064		
15. Automobile, Pferde und Wagen	104 838		
16. Vorräte	2 497 824		
17. Abschreibung	504 232		
18. Schuldner	3 402 378		
19. Forderungen und Wertpapiere	5 553 394		
20. Rückstellungen	158 806		
21. Materialbestand	2 141 217		
22. Verbleibende Eisenbahn	38 717		
	35 440 206		

### Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1918.

Debet.		Kredit.	
1. Allgemeine Unkosten	1 208 908	1. Vortrag aus 1917	965 391
2. Abschreibungen	2 181 842	2. Ertrag der eigenen Betriebe	6 098 167
3. Ertrag	8 321 614	3. Ertrag aus Beteiligungen	253 381
	8 712 300		6 712 300

### „Eintracht“ Braunkohlenwerke und Briquetfabriken

Der Vorstand: Dr. Wolf, Dr. Voigt, Kuffig a. G., den 31. März 1919.

Der Aufsichtsrat: J. Pfeiffer, Vorsitzender.

Die Deutsche Treuhänder-Gesellschaft Berlin hat wie alljährlich die Bilanz, den Gewinn- und Verlustrechnung geprüft und bestätigt ihre Übereinstimmung mit unseren Büchern, die sie gleichfalls geprüft und als ordnungsmäßig festgestellt anerkannt hat.

Die in der heutigen Generalversammlung auf 22 1/2 % festgesetzte Dividende beträgt mit 22 1/2 % pro Aktie gegen Einlieferung des Dividendenbescheides Nr. 2 von heute ab zur Auszahlung:

bei der Reue-Weisow R.P. in Reu-Weisow R.P.,

bei der Mitteldeutschen Kreditbank in Berlin,

bei den Herren Jacquet & Securus in Berlin,

bei dem Bankhaus H. G. Wäckerling in Berlin,

bei der Allgem. Deutschen Credit-Anstalt, Abt. Vetter & Co. in Leipzig,

bei der Bank für Thüringen u. N. W. Strupp Aktien-Gesellschaft in Weimarer.

Aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind die Herren Schmeier Kommerzienrat Dr. jur. Gustav Strupp in Weimarer und Dr. rer. pol. Hans Strupp in Berlin, die zurückgetreten sind.

Als Nachfolger in der Aufsichtsrat wurde Herr Kommerzienrat Max von Wäckerling in Berlin.

Nachdem in der Aufsichtsrat wurde Herr Dr. jur. Eduard Wäckerling, Geschäftsinhaber der Treuhänder-Gesellschaft in Berlin.

Reu-Weisow R.P., den 27. März 1919.

### „Eintracht“ Braunkohlenwerke und Briquetfabriken

Der Vorstand: Dr. Wolf, Dr. Voigt.

### Die Ehe

Arztliche Beratungen und Ratgeber von Dr. H. Bergner.

Dieses neu herausgegebene Buch behandelt vollständig und ausführlich das ganze Geschlechts- und Liebesleben von Mann und Weib. Mit zahlreichen Abbildungen, Tabellen, Illustrationen usw. Beson. gen. Berücksicht. v. W. S. 100 ab. Preis 1.00 M. Versandhaus Hermann Finz, Berlin-Tempelhof 238.

### Portland-Cement-Fabrik Halle a. S. in Halle a. S.

Aktiva.		Passiva.	
1. Grundstücke	100 079	Vertriebskapital-Rente	1 200 000
2. Fabrikanlagen	85 000	Referenz-Rente	7 401 90
3. Maschinen	18 000	Disposition- und Vertriebs-Rente	88 300
4. Werkzeuge	1	Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds-Rente	18 000
5. Inventar	388 678	Dividenden-Rente	2 940
6. Forderungen	78 395	Rente-Korrent-Rente	62 805 98
7. Rückstellungen	4 117	Winn-Rente	30 914 10
8. Vorräte	190 945	Winn-Rente aus 1918	88 307 97
9. Materialbestand	3 742	ab Abschreibungen 1918	10 901 00
10. Verbleibende Eisenbahn	410 150		72 430 98
	1 081 016		
	1 451 888		1 451 888

### Dobet Gewinn- und Verlust-Rente am 31. Dezember 1918.

Aktiva.		Passiva.	
1. Betriebs-Unkosten-Rente	454 038	1. Vortrag aus 1917	965 391
2. Abschreibungen	53 032	2. Ertrag der eigenen Betriebe	6 098 167
3. Ertrag	53 032	3. Ertrag aus Beteiligungen	253 381
	4 967		6 712 300
	50 501		
	68 527		

31. Dezember 1918.  
Halle a. S., den 26. Februar 1919.

Der Aufsichtsrat: Dr. Heinrich Lehmann, Vorsitzender. Der Vorstand: Max Brandenburg.

Wir haben die Bücher der Fabrik geprüft und bestätigen, dass die Bilanz am 31. Dezember 1918 in Übereinstimmung mit den Büchern der Fabrik steht.

Halle a. S., den 5. März 1919.

H. Lehmann, Vorsitzender. Max Brandenburg, Vorstand.

### Mitteldeutsche Privat-Bank, Halle a. S.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre wird hierdurch auf **Freitag, den 25. April d. J., vorm. 10 Uhr**, nach dem Hotel „Magdeburger Hof“, Magdeburg, Mitte Hirschstraße 4, einberufen.

Tagungsordnung:

1. Vorlesung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das verlossene Jahr mit dem Bericht des Vorstandes und den Bemerkungen des Aufsichtsrats über diese Vorlesung.
2. Beschlußfassung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
4. Aufsichtsratswahl.

### Mitteldeutsche Privat-Bank, Halle a. S.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir die Aktien für bestehende Spareinlagen ab 1. April 1919 wie folgt festsetzen:

Für Einlagen mit kurzer Kündigungsdauer	3 1/2 %
3 monatlicher	3 1/2 %
6 "	4 0 %
12 "	4 1/2 %

Die für Spareinlagen geltenden vorstehenden Sätze ab 1. April 1919.

Halle a. S., den 1. April 1919.

Leipziger Spar- und Bauverein  
r. G. m. b. H., Köhlerstraße 23, Halle a. S.

### Greppiner Werke.

Die Herren Aktionäre werden hierdurch auf **48. ordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 26. April 1919, 10 Uhr vormittags**, nach dem Sitz der Gesellschaft auf den Greppiner Werken, Kreis Ritterfeld, einberufen.

Tagungsordnung:

1. Bericht der Verwaltung über die Geschäftstätigkeit und über die Vermögenslage der Gesellschaft.
2. Bericht der Verwaltung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das verlossene Geschäftsjahr.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Beschlußfassung über die Wahl der Aktionäre.

### Greppiner Werke.

Die Herren Aktionäre werden hierdurch auf **48. ordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 26. April 1919, 10 Uhr vormittags**, nach dem Sitz der Gesellschaft auf den Greppiner Werken, Kreis Ritterfeld, einberufen.

Tagungsordnung:

1. Bericht der Verwaltung über die Geschäftstätigkeit und über die Vermögenslage der Gesellschaft.
2. Bericht der Verwaltung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das verlossene Geschäftsjahr.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Beschlußfassung über die Wahl der Aktionäre.

### Greppiner Werke.

Die Herren Aktionäre werden hierdurch auf **48. ordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 26. April 1919, 10 Uhr vormittags**, nach dem Sitz der Gesellschaft auf den Greppiner Werken, Kreis Ritterfeld, einberufen.

Tagungsordnung:

1. Bericht der Verwaltung über die Geschäftstätigkeit und über die Vermögenslage der Gesellschaft.
2. Bericht der Verwaltung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das verlossene Geschäftsjahr.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Beschlußfassung über die Wahl der Aktionäre.

### Greppiner Werke.

Die Herren Aktionäre werden hierdurch auf **48. ordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 26. April 1919, 10 Uhr vormittags**, nach dem Sitz der Gesellschaft auf den Greppiner Werken, Kreis Ritterfeld, einberufen.

Tagungsordnung:

1. Bericht der Verwaltung über die Geschäftstätigkeit und über die Vermögenslage der Gesellschaft.
2. Bericht der Verwaltung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das verlossene Geschäftsjahr.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Beschlußfassung über die Wahl der Aktionäre.

### Leipziger Schauspielhaus

#### Die Wildente.

Opernspiel in fünf Akten von Heinrich Heine, Bearbeitung von Gustav Schumann. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hans Grottel. Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Regie: Hans Grottel.

Opernspiel in fünf Akten von Heinrich Heine, Bearbeitung von Gustav Schumann. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hans Grottel. Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Regie: Hans Grottel.

### Frauenhaare

Wunderlich, Haarfabrik.  
Windmühlenstraße, Ecke Kneipplatz.  
5. Laden des ungarischen Kaufmanns Joseph Acsch, Hallische Str. 69 u. Köhlerstr. 85.

### Centraltheater

Großer Saal  
Donnerstag und Freitag  
**C. T. Ball**

### Centraltheater-Café

Täglich nachmittags und abends:  
**Kuhnert-Konzerte**  
Leitung: Kapellmeister Kuhnert.

### Zoologischer Garten

Abends 7 1/2 Uhr:  
Lieder- und Gesellschafts-Abend

### Bremers Alter Gasthof Wahren.

Der bekannte Mittwochs-Ball.  
Abends 7 1/2 Uhr.

### Vergnügungspark Waldmeister

Waldmeister  
Jeden Mittwoch u. Sonntag  
Bekanntester Ball.

### Kulmbacher Bierstube

Stadt Chemnitz,  
Windmühlenstraße 52.  
Zimmer nach dem guten Münchener  
Kulmbacher. Täglich Stammtisch.

### Dänische Fetwaren.

Gegen Vereinfachung von 100 % - der Vollkorn, senden wir Ihnen über die Deutsche in Vorkasse mit 1 Mio. Dänischer Mark, 3 Stück Dänischer Vorkasse und 3 Stück Dänischer Vorkasse.

### Weißkohl (gedörrt)

1 Pfund 2.20 M.  
H. Fritsch, Knoblauch Nachf.,  
Scheidestr. 6, Tel. 153 17.

### Rammgarnspinnerei Stöhr & Co.

Aktien-Gesellschaft.

# Mitbürger! Mitbürgerinnen!

## Werdet Mitglieder des Leipziger Bürger-Ausschusses

Geschäftsstelle: Leipzig, Georgiring 1, IV (Hotel Königshof). (Wird in den nächsten Tagen nach Lessingstrasse 14 verlegt.)  
Postcheckkonto: Leipzig No. 56745. Fernsprecher: 12 145, 17 424.  
Mindest-Jahresbeitrag für Einzelpersonen Mk. 5.—, für Firmen und Vereine Mk. 20.—.

